

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag von 10 bis 12 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Jahre für Großstädte 12,- M., im übrigen Gebiete 10,- M. für den Postbezugspreis. Der Einzelheftpreis beträgt 30 Pfennig. Für den Auslandbezug sind 2,50 M. für den Auslandbezug zu addieren. Der Einzelheftpreis beträgt 30 Pfennig. Für den Auslandbezug sind 2,50 M. für den Auslandbezug zu addieren. Der Einzelheftpreis beträgt 30 Pfennig. Für den Auslandbezug sind 2,50 M. für den Auslandbezug zu addieren.

Die schlagendste Kampfschrift über den Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland. Ein Buch, das die Arbeiterklasse in Deutschland zu den größten Erfolgen im Kampf um die Befreiung der Menschheit geführt hat. Ein Buch, das die Arbeiterklasse in Deutschland zu den größten Erfolgen im Kampf um die Befreiung der Menschheit geführt hat. Ein Buch, das die Arbeiterklasse in Deutschland zu den größten Erfolgen im Kampf um die Befreiung der Menschheit geführt hat.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Spaltung der Partei

## Das Werk von Moskau

In vollkommener Übereinstimmung mit der Anschauung, die wir gestern morgen über die Rede Losowskys an dieser Stelle äußerten, schreibt der Genosse Paul Hennig, der noch vor kurzem geglaubt hatte, daß es einen Weg für Versöhnung der auseinanderdrängenden Geister der U. S. P. geben würde, folgendes:

Wir reichten nicht darüber, ob Genosse Losowsky Beseidigungen ausgesprochen hat, die sich der Form nach und dem juristischen Sinne als Beseidigungen auffassen lassen — auch das wäre kleinlich. Der Ausbruch unruhigen Widerstandes gegen den Redner läßt sich nicht durch bloße „Verärgerung“ über einen Ausbruch erklären. Nein! Wegen eines Wortes werden nicht die leidenschaftlichen Kräfte eines immerhin starken Parteiflügels aufgewühlt. Es geht um das System der bolschewistischen Kritik, das man nun allgemach deutlich genug kennen gelernt hat und durch dessen grelles leuchtendes Aufblitzen allen die Augen übergehen. Was man hier als „Rebenschlächterei“, als „unvermeidliche Begleiterscheinung“, schließlich als „Entgleisung“ erklärt, oder — sich sein Gewissen beruhigend — sich zu erklären versuchte, erweist sich immer schärfer als das Wesen des kommunistischen Werbesystems. Es ist einfach eine Umkehrung des bisher Gewohlenen, nachdem uns die Bourgeoisie als der größte Feind erschien, den wir an erster Stelle und ausschließlich zu bekämpfen haben. Die bolschewistische Taktik aber befehlet uns, die Gewerkschaften sind die Hauptstützen des Kapitalismus, darum sind sie der gefährlichste Feind, den wir schonungslos enthüllen, entlarven und bekämpfen müssen.

Wie weit die rechte Seite das Bestreben zeigt, die Verhandlungen des Parteitag ordnungsgemäß zum Abschluß zu bringen, zeigt die Tatsache, daß sie zu Beginn der gestrigen Verhandlungen Losowsky ruhig zu Ende reden ließ, obwohl dieser die unglaubliche Stirn hatte, seine Behauptungen vom Vortage, die den stürmischsten Protest der ganzen rechten Seite des Parteitag hervorgehoben hatte, in anderer Form, aber dem Kern nach zu wiederholen. Gerade diese Tatsache aber zeigt, wie recht der Genosse Hennig hat, wenn er die Äußerungen Sinowjews und Losowskys als das System der bolschewistischen Kritik bezeichnet. Das System, das sich zur Aufgabe setzt, nicht den Kapitalismus in schärfster Form zu bekämpfen, sondern die alten Organisationen des Proletariats.

Kurz vor der Abstimmung versuchte die Linke einen letzten Heberfall. Kemmle-Stuttgart begründete den Antrag, nicht nur über die Resolution zur Internationale, sondern auch über die Thesen abzustimmen. Braß erklärte zunächst den Antrag für zulässig. Dagegen erhoben Ledebour und Dittmann nachdrücklich Einspruch und wiesen nach, daß der Antrag durchaus unzulässig sei. Darauf erklärte auch Braß, er habe sich überzeugt, daß der Antrag unzulässig sei, worauf er zurückgezogen wird. Nun versuchte Koenen die verlorene Situation zu retten. Er stellte die Behauptung auf, die Rechte habe sich vor der Abstimmung über die Thesen drücken wollen, begegnete aber damit, wie vorher Adolph Hoffmann, nur fürmische Heiterkeit, so daß Ledebour und Crispian in einer Schlussbemerkung leichtes Spiel hatten.

Um 6 Uhr ging die Abstimmung über die Resolution Däumig-Stoedter zu Ende. Der Vorsitzende Braß verkündet unter großer Spannung das Ergebnis. Es sind abgegeben insgesamt 393 Stimmen, davon sind 237 Stimmen für und 156 Stimmen gegen die Resolution abgegeben. Zwei Delegierte haben nicht abgestimmt.

Die Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung wird ohne jede Beifalls- oder Mißfallensäußerung entgegengenommen. Die Linke des Parteitag wagt keinerlei Beifallskundgebungen. Es hat den Anschein, als ob die Schwere der Entscheidung vielen der Delegierten erst in diesem Augenblick der Vollziehung der Spaltung und der neuen Zersplitterung gerade des revolutionären Teils der Arbeiterbewegung bewußt wird. Der Vorsitzende Braß will nun über die Resolution Ledebour abstimmen lassen.

In diesem Augenblick aber erbittet Crispian, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, das Wort und gibt folgende Erklärung ab: Als Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und auf Befehl des Zentral-Komitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erkläre ich:

Ein Teil des Parteitag hat die 21 von der dritten Kommunistischen Internationale vorgesehenen Aufnahmebedingungen angenommen. Damit hat sich dieser Teil verpflichtet, gemäß der §§ 16 und 17 der Bedingungen und § 3 des Statuts der Kommunistischen Internationale in die auf Grund der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale bereits konstituierte Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale) unter Annahme dieses Namens einzutreten. Der Eintritt in eine andere Partei bedeutet aber, daß nach den Beschlüssen des Parteitag vom 19. März 1919 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, wonach kein Parteigenosse gleichzeitig einer anderen Partei angehören darf, den Austritt aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Delegierten, welche den Antrag Däumig-Stoedter angenommen haben, haben damit der Pflicht jedes Mitgliedes, die Partei mit allen Kräften zu fördern, im Interesse einer anderen Partei zuwidergehandelt.

Sie haben damit die organisatorische Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Partei gelöst, die auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stehen und in der jetzigen Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verbleiben wollen.

Diese Versammlung hat durch die Annahme des Antrags Däumig-Stoedter angehört, Parteitag der U. S. P. D. zu sein. Trotz des unzweifelhaften Rechts der Mitglieder der U. S. P. D., welche diesen Antrag abgelehnt haben, allein hier weiter zu tagen, fordere ich auf Beschluß und im Namen des Zentral-Komitees die jetzt noch allein vertretungsberechtigten Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, zur Vermeidung eines etwaigen Kampfes um das Lokal, diesen Saal zu verlassen und diesen Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Halle am Sonntag, den 17. Oktober 1920, vormittags 8½ Uhr, im Saale des Zoologischen Gartens fortzusetzen.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Führerin und Bannerträgerin des Massenbewegten Proletariats! Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Verschiedentlich wird auf der linken Seite des Parteitag versucht, die Verlesung der Erklärung zu verhindern. Der Versuch mißlingt aber, weil selbst die Delegierten der linken Seite das Bedürfnis haben, zu erfahren, was Crispian ihnen im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in diesem schicksalsschweren Augenblick zu sagen hat.

Als Crispian erklärt, daß mit der Annahme dieser Resolution dieser Parteitag aufgehört hat, Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu sein, versucht der Vorsitzende Braß Crispian mit den Worten zu unterbrechen, daß diese Erklärung nur der gewählte Vorsitzende des Parteitag abzugeben habe. Crispian verliest aber trotzdem die Erklärung zu Ende.

Die rechten Delegierten der U. S. P. D. beginnen in diesem Augenblick den Saal zu verlassen. Begeistert stimmen sie in den Ruf Rosenfelds ein:

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratische Partei! Es lebe die Weltrevolution!

Der Saal hallt wider von den mächtigen Stimmen der vielen hunderte sich langsam in Bewegung setzenden Menschenmenge. Im Augenblick, in dem die Rechte des Parteitag den Saal verläßt, hatten auch die beiden französischen Delegierten, Longuet-Paris und Grumach-Strasbourg den Saal verlassen. Den Delegierten schlossen sich an Martow und zahlreiche der anderen Gäste, ebenso der größte Teil der im Saal sitzenden Vertreter der Parteipresse.

Unter dem Absingen der Internationale durch die rechte Seite des Parteitag leert sich langsam der Saal und es entsteht die klaffende Lücke, die symbolisch anzeigt, daß der Schnitt durch die Mitte der bis zu diesem Augenblick so stolzen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei geht.

## Die Tagung der Neu-Kommunisten

Nachdem nach der Erklärung des Genossen Crispian die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei den Saal verlassen hatten, blieben die anderen Delegierten, die sich der Kommunistischen Internationale und damit der Kommunistischen Partei angeschlossen haben, im Saal. Braß und Däumig gaben Erklärungen ab, worin sie die Rechtsgültigkeit der Erklärung Crispians bestritten. Sinowjew ergänzte noch die Erklärungen. Sogleich forderte er im Auftrage der Exekutive der Kommunistischen Internationale zur Wahl eines

Vertreters in die Exekutive auf. Er führte dann weiter aus: Diejenigen, die jetzt den Saal verlassen haben, brauchen wir nicht. Sie sollen zur Bourgeoisie gehen. Dieser Beschluß wird den größten Nachhall in der ganzen Welt finden. Wenn sich ein Teil zur bürgerlichen Gesellschaft zurückfindet, dann wird die Luft rein werden. Es sei heute bewiesen worden, daß es noch denkende Menschen in der U. S. P. D. gibt, trotz Scheidemann und Crispian, trotz aller bürgerlicher und halb-bürgerlicher Elemente. Er brachte schließlich ein Hoch auf die Kommunistische Internationale aus.

Dann wurde zur Wahl eines Parteivorstandes geschritten. In Vorstehenden wurden ohne Widerspruch Ernst Däumig und Adolf Hoffmann bestimmt; zu Sekretären Stoedter, Koenen, Gabel und Verta Braunthal. Zu Beisitzern Eichhorn, Geyer jun., Richard Müller, Maria Arendsee, Paul Schindler. Bei der Wahl der Mitglieder zum Beirat kommt es zu einer charakteristischen Auseinandersetzung. Die bayerischen Delegierten hatten vorgeschlagen, anstelle Bayer-Nürnberg, Stainer-Fürth zu wählen. Bayer wollte aber nicht zurücktreten. Es kam darüber zu einer Auseinandersetzung. Schließlich wurde Stainer gewählt.

## Das Rainszeichen

Es ist beendigt. Die deutsche Massenpartei der sozialen Revolution ist zersplittert. Trotzdem wir alle seit zwei Monaten den Prozeß der Zersetzung durch die kommunistischen Krebzzellen im Parteivorstand anhaltend verfolgen haben, so paßt einem doch immer wieder die Erbitterung über die Wahnsinnstat, die jetzt geschehen ist. Denn es ist ein Wahnsinn, daß die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung gespalten wird durch einen Anstoß von außen, daß sie gespalten wird, nicht weil innerhalb der Partei unüberbrückbare Gegensätze entstanden waren.

Dieser Gegensatz wurde erst hervorgerufen durch den Anspruch Moskaus, daß die deutsche, wie die Arbeiterbewegung in anderen Ländern in ein Instrument des Exekutivkomitees der russischen Kommunisten verwandelt wird. Denn das und nichts anderes bedeutet die Annahme der Bestimmungen. Aber eben deshalb war es Pflicht all derer, die der Ueberzeugung sind, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht durch irgendeinen fremden Erlöser, nicht durch irgendeine Macht von außen kommen kann, sondern ihr eigenes Werk sein muß, diesem Unheil entgegenzutreten.

Denn kein Gewissenhafter kann verantworten, eine Politik zu vertreten, auf deren wirkliche Leitung, er keinen Einfluß hat und kein Einsichtiger kann in Westeuropa eine Arbeiterbewegung für möglich halten, deren Mitglieder nur Instrumente in der Hand einer fremden Leitung sind.

All denen, die sich ein selbständiges Urteil noch bewahrt haben, hat noch einmal die ausgezeichnete, von einer tiefen Kenntnis der europäischen Arbeiterbewegung Zeugnis gebende Rede Longuets bewiesen. Dieser Mann, der während des Krieges trotz der hochgehenden Wogen des Chauvinismus in Frankreich die Fahne des internationalen marxistischen Sozialismus stets aufrecht erhalten hat, wies nach, daß der Charakter der europäischen Arbeiterbewegung in ihrem weiteren freigelegten Fortschreiten keine Taktik irgendeiner fremden Körperschaft verfolge. Er prägte den glänzenden Satz, es sei ein Wahnsinn, den ungeheuren Stamm des westeuropäischen Proletariats in den kleinen eifernden russischen Topf zu zwingen. Er sagte unter dem stürmischen Beifall des Parteitag, es dürfe keine russische, sondern nur eine internationale Internationale geschaffen werden. Das sei aber nur möglich, wenn eine tiefgreifende Revision der Bedingungen erfolge, wenn Verhandlungen ermöglicht werden von Gleichen zu Gleichen, aber nicht von Uebergeordneten zu Ueberlegenen.

Der Bolschewismus hat einen schwarzen Tag erlebt. Es hat sich gezeigt, daß seine Vorstellungswelt unterliegen muß, wenn sie zusammentrifft mit dem größten Gedanken des Sozialismus. Nicht umsonst verzichtete Sinowjew entgegen seinen ursprünglichen Absichten auf sein Schlußwort. Er konnte es nicht wagen, den Vertretern des wissenschaftlichen Marxismus nochmals Auge gegen Auge gegenüber zu treten und mit ihnen die Klinge zu kreuzen.

In seinem Uebermut und in seiner vorwärtigen Siegeszuversicht hat der Vertreter des Bolschewismus nicht erkannt, daß die Zertrümmerung der Organisationen des revolutionären Proletariats in Westeuropa nicht allein ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, sondern zugleich ein Unglück für Sowjetrußland ist. Unsere russischen Brüder haben bisher ihre stärkste Stütze nicht in den kleinen kommunistischen Sektoren der Westländer gehabt, sondern in den sozialistischen Arbeiterparteien. Gelingt es den Moskauer Diktatoren diese Organisationen zu sprengen und damit zu schwächen, so schwächen sie damit nicht nur die Weltrevolution, sondern zugleich ihre eigene Stellung.

Es handelt sich bei der Verkümmern der U. S. P. D. auch nicht um eine organisatorische oder juristische Angelegenheit, sondern um eine Tatsache der weitgehendsten politischen Bedeutung. Mit glühendem Eifer hat sich die von Kossau geführte Partei das Reinsprechen selbst in die Stirn gedrückt. Sie hat die Stellung des Weltkapitals gefestigt, den proletarischen Widerstand gegen die Ausbreitung des Imperialismus geschwächt. Die Vertreter von hunderttausenden von Proletariern hat der Vorsitzende der Kossauer Exekutive als bürgerliche Elemente beschimpft, die Organisationen von 27 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter als „Gelbe“, als Schutzwahl für die Bourgeoisie bezeichnet. Und indem er so die moralische Stellung dieser Millionen von Proletariern untergräbt, hat der Vorsitzende der Kossauer Diktatoren dem Kapitalismus, dem das proletarische Rußland bedrängenden Imperialismus die wertvollsten Dienste geleistet. Der Gründungsparlament der Sozialisten aber ist gebändert durch, daß er den Vorsitzenden der Kossauer Exekutive zujubelte, als er die Vertreter von Millionen von Proletariern als Agenten des Kapitals bezeichnete.

Wir aber rufen in dieser Stunde dem revolutionären Proletariat, den Mitgliedern der U. S. P. D. zu: Trich auf ans Werk, norwärts zur Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus!

## Erklärung

Ich muß die Aufmerksamkeit der Leser auf die Tatsache lenken, daß der ausführliche Bericht, den der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 16. Oktober über meine, in der Sitzung vom 15. Oktober auf dem halleischen Parteitag gehaltene Rede veröffentlicht, weder den allgemeinen Sinn, noch den Ton meiner Ausführungen wiedergibt. Von den einzelnen Irrtümern, die bei Wiedergabe einer langen Rede unvermeidlich sind, abgesehen, muß ich hier nur feststellen, daß erstens alles im Bericht fehlt, was die Internationale der Arbeiterbewegung angeht, die vom reformistisch-nationalistischen Sozialismus während des Krieges herbeigeführt wurde und die enttäuschte Masse in die Arme der Bolschewisten getrieben hat, und zweitens läßt mich der Bericht den russischen Kommunisten gegenüber solche Ausdrücke gebrauchen von einem „blutdürstigen Sozialisten“ (und dazu in fetten Lettern gedruckt), wie ich und meine Partei den Bolschewisten gegenüber, so sehr wir ihre terroristische Methode auch verurteilen, nicht anwenden, da wir solche Terminologie den bürgerlichen Gegnern der Revolution überlassen.

Marion.

## Hermes unmöglich

Herr Hermes, der Ernährungsminister des Reiches, stellt sich mehr und mehr als eine unmögliche Nummer heraus. Nicht nur, daß sein Amt sich — plötzlich, aber für Eingeweihte gar nicht überraschend — als eine Stätte der Korruption darstellt. Es zeigt sich auch, daß Hermes mit seiner Ernährungswirtschaft, die wir von jeher bekämpft haben, einen Zustand herbeigeführt hat, der eine Gefahr ist.

Wir haben gewiß nichts für die Kriegswirtschaftsorganisation übrig, aber in der bisher von der Reichsregierung und dem Reichsausschuß für Ose und Fette geleiteten Fettwirtschaft hat Hermes durch seine „Reformen“ eine grauenhafte Verwüstung angerichtet. Das war eine seiner ersten Taten und es ist zugleich ein Zeugnis seiner völligen Unfähigkeit, die wir dem Manne ebenfalls schon wiederholt nachgewiesen haben.

Der anscheinend aus guter Quelle schöpfende „Vorwärts“ bringt jetzt einiges Licht in die Sache. Er schreibt zunächst:

„Hermes verbot sofort im Mai d. J. jedes weitere Einführen von Rohstoffen für die deutsche Margarine- und Delindrie, während er durch die Reichsregierung für Speisefette auf Kosten der deutschen Industrie und Bevölkerung Fettaufbereitungen, im besonderen Margarine, zu teuren Preisen einführen ließ.“

Die Folge davon war ein rasend schneller Verbrauch der vorhandenen Rohstoffe und danach das Nichts. Es trat eine Notlage ein, die dazu zwang, plötzlich Rohstoffe zuzukaufen — woher immer sie kommen mochten und zu jedem Preise. Der Schaden, der daraus entstand, schätzte der „Vorwärts“ so:

„Diesem plötzlichen Einkauf für 50 Millionen Kilogramm Fettwaren mußten aber im Monat Oktober noch weitere Rohstoffe für 50 Millionen Kilogramm Fette und Ose folgen. Es ergibt sich nun der ungeheure Stand, daß man für diese 100 Millionen Kilogramm Ose und Fette im Mai und Juni dieses Jahres Rohstoffe so billig hätte einkaufen können, daß die Fabelauf höchstens auf 14 bis 15 Mk. pro Kilogramm gekommen wären, während sie jetzt auf 25 Mk. zu stehen kommen. Das bedeutet eine Mehrausgabe auf Kosten des Reichs und der deutschen konsumierenden Bevölkerung von einer Milliarde Mark!“

Dazu kommt, daß Hermes auch die Wirtschaft der deutschen Oelfrucht sofort freigegeben hatte, um den Agrariern und Händlern mindestens 300 Millionen Mark in die Taschen zu werfen. Der Kaps ist durch diese Wirtschaft des Herrn Hermes von 230 Mk. pro Kilogramm auf 730 Mk. gestiegen!

Dieses Defizit von mindestens 1 1/2 Milliarden Mark nur bei pflanzlichen Oelen und Fetten wird auf über 2 Milliarden Mark erhöht durch die gleiche planlose Wirtschaft bei den tierischen Fetten. Die Einbeziehung des deutschen Schmalzbedarfs bringt heute eine Mehrausgabe gegenüber dem Mai und Juni von circa 1/2 Milliarden Mark, weil sich die Preise von circa 21 Mk. auf 34 Mk. gehoben haben.“

So wird die Wirtschaft dieses Dilettanten, des Mannes aus jenem Regierungskreis, der sich großmütig angemacht hat, Politik und Wirtschaft des Reiches „wiederaufzubauen“, zu einer Lebensgefahr für das Volk. Der Finanzplan, die nun ein Finanzminister retten soll, folgt die Ernährungsblamage. Das ganze ist eine bodenlos verantwortliche Schinderwirtschaft, denn eines hängt an anderen. Es zeigt sich z. B., daß die verlumpte Ernährungswirtschaft zu den Ursachen des Finanzelends gehört. Hier ist ein System aufgetan worden, bei dem sich jeder skrupellos die Taschen füllt, auf Kosten des Volkes.

Und im Namen der bürgerlichen Ordnung. Wenn alle die politischen Kinder, die bei den Wahlen dieser lauberen Gesellschaft zur Macht verholfen haben, das einsehen und entsprechend handeln würden, dann wäre diesem Treiben bald ein Ende gemacht.

Berlin, 15. Oktober.

Amlich. Gegen den Reichsminister Dr. Hermes sind in der Öffentlichkeit Angriffe sachlicher und persönlicher Art erhoben worden. Soweit diese Angriffe sich auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik bewegen, wird Gelegenheit sein, bei den Verhandlungen des Reichstags die erforderliche Klärung herbeizuführen, soweit es sich um Vorwürfe handelt, die gegen die Person des Reichsministers gerichtet sind und Maßnahmen seiner Geschäftsführung in Zweifel zu ziehen suchen, hat der Reichsanwalt auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsministers Dr. Hermes im Einvernehmen mit dem Kabinett den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister beauftragt, die Sach- und Rechtslage festzustellen.

## Der englische Bergarbeiterstreik

### Ueber eine Million ausständig

London, 15. Oktober. (Neuer.)

Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt eine Million. Schon deuten Anzeichen darauf hin, daß die zwangsweise Freirufen nach vielen tausenden zählen werden. So meldet man, daß allein in einem Distrikt 21 000 Metallarbeiter wegen der Schließung der Betriebe feiern müssen.

London, 15. Oktober.

Der Vollzugsausschuß der englischen Eisenbahnervereinigungen trat heute in London zusammen und sah eine Beschlüsse, wonach mit Rücksicht auf die Lage im Kohlenbergbau die Einberufung der besonderen Delegiertenkonferenz am 20. Oktober erforderlich sei. Der Vollzugsausschuß hat die Zweigstellen angewiesen, bei ihrer Beschlusfassung auf der Konferenz darauf Rücksicht zu nehmen, wie ernst sich die Lage im Falle eines Unterliegens der Bergleute gestalten würde.

### Auch die belgischen Bergleute wollen streiken

Brüssel, 16. Oktober.

Die Bergarbeiter im Becken von Charleroi haben mit 22 127 gegen 4138 Stimmen beschlossen, am 1. November in den Ausstand zu treten. Am Mittwoch Abend werden sich die Bergarbeiter vereinigen, um die durch das Referendum notwendig gewordenen Maßnahmen festzustellen. Die Bergarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 5 Francs pro Tag.

## Unruhen in Italien

Milano, 15. Oktober.

Wie aus Foggia gemeldet wird, haben hier die Sozialisten das Rathaus gestürmt und die Verwaltung in Besitz genommen. Auf dem Rathaus wurde die rote Fahne gehißt. Kurz darauf kam es zu einem Handgemenge, bei dem auf beiden Seiten Demonstranten und auf Seiten des Militärs von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Man zählte bis 14 Tote und 80 Verwundete. Der Generalstreik wurde sofort proklamiert.

Im Anschluß hieran wird aus Mailand über ein Bombenattentat berichtet, das sich angeblich gegen die englische Abordnung auf dem Völkerbundkongreß richtete. Von einem unbekanntem Mann wurde eine Bombe in den Eingang des Hotels „Cavour“ geschleudert, wodurch ein großer Sachschaden angerichtet wurde. Gleichzeitig wurden auch auf die Rückseite des Gebäudes Handgranaten geworfen. Drei Personen sollen verletzt sein. Von den Tätern fehlt jede Spur. 11 Angestellte des Hotels wurden unter dem Verdacht, an dem Bombenattentat beteiligt zu sein, in Haft genommen.

Nach den jüngsten Beschlüssen des Senats wurde in Italien die Strafe für unbefugtes Tragen von Waffen ungemindert verhängt. Damit sollen besonders den Arbeitern die rechtswidrig angekauften Waffen entzogen werden. Zudem werden jetzt alle aus der Kriegszeit noch in den Fabriken vorhandenen Waffen eingezogen. Im ganzen Lande sind Nachforschungen und Hausdurchsuchungen nach Waffen im Gange.

## Rekrutenaufstand in Eger

In Eger sind am 12. die neuen Rekruten in die Kasernen eingezogen, sind aber bis heute noch nicht eingeteilt worden und können nicht verpflegt werden, da es an Lebensmitteln mangelt. Infolgedessen hat ein Teil der Rekruten die Flucht ergriffen. Als am Donnerstag wieder einige Rekruten die Stadt verlassen wollten, wurden sie von Soldaten aufgehalten und mit Kolbenschlägen und Bajonettschüssen in die Kasernen zurückgetrieben. Auf dem Marktplatz hielt ein Oberleutnant ebenfalls mehrere Rekruten an. Die Volksmenge ergriff die Partei der Rekruten, worauf der Oberleutnant einen Revolver zog und blindlings unter die Menschen schob. Die Volksmenge entriß dem Offizier den Revolver und schlug ihn nieder. Die Aufregung in der Stadt ist ungeheuer. Die kaiserliche Sicherheitswehr ist machtlos.

## Kredit und Kohlenlieferung

Paris, 16. Oktober.

Die Wiederherstellungskommission gibt zu, daß Deutschland in den letzten zwei Monaten die Bedingungen der Spaer Abmachungen bezüglich der Kohlenlieferungen erfüllt hat. Im September wurden 97 und im August 89 Prozent der festgesetzten Menge geliefert. Mit der deutschen Regierung ist daher eine neue vorläufige Abmachung getroffen worden, die Deutschland erlaubt, von den in Spa zugestandenen Vorläufen auf Kohlenlieferungen schon jetzt Gebrauch zu machen. Ferner wird eine endgültige Abmachung hierüber vorbereitet. Weiter wird mitgeteilt, daß langwierige Unterhandlungen zum Abschluß gekommen sind, die darauf gerichtet sind, die definitive Form der Bons von 20 bis 40 Milliarden Goldmark gemäß dem Versailler Vertrag zu regeln.

## Brest und Versailles

Wir haben Freitag früh zwei wichtige Spartakus-Briefe von Rosa Luxemburg zitiert, in denen der Friede von Brest in allen seinen konterrevolutionären Wirkungen mit außerordentlichem Weidlich vorausgesehen worden ist. Die „rote Fahne“ gibt die Richtigkeit der Zitate zu, aber sie befreit, daß wir sie richtig verstanden haben. Die vernichtende Kritik Rosa Luxemburgs habe die objektive Lage, aber nicht das subjektive Verhalten der Bolschewiki getroffen.

Sehr richtig! Das ist in dem zweiten zitierten Spartakus-Brief der Fall. Aber gerade deswegen haben wir ihn so zitiert. Denn die Kommunisten sollen doch endlich kopieren, daß die objektive Lage das Entscheidende ist, was es sich um Friedensschluß oder Revolution handelt. So wie die Bolschewiki die „objektive Lage“ für ihren Frieden in Anspruch nehmen, so tun wir es mit dem unfernen. Deswegen sollen die Kommunisten endlich Kossau mitteilen, daß die Hege gegen uns wegen Versailles ein Blödsinn und ein Verbrechen ist, und sie sollen nicht weiter zu beweißen haben, daß im Falle Versailles die Kriegspartei das Richtige gewesen wäre. Das wäre der vollendete Wahnsinn gewesen. Hätte die Arbeiterklasse sich schon damals dem Kossauer Diktat unterworfen, so hätte das den Krieg, den Untergang der Arbeiter und den Untergang Sowjet-Rußlands bedeutet. Durch die Erzwingung des Friedens hat die U. S. P. zunächst einmal beide gerettet.

## Der Spigelputsch in Röhren

Anfang August haben in Röhren eine Handvoll Leute einen Putsch veranstaltet, dem man auf tausend Meter Entfernung antworten konnte, daß Spigel oder Karren dahinterstodten. Das „Unternehmen“ brach auch sofort zusammen und fand nun keine „Sühne“ in einem Prozeß, der selbstverständlich — es handelt sich doch um Arbeiter! — vor einem Ausnahmegericht verhandelt wurde.

Auch in diesem Fall hat das Ausnahmegericht gut funktioniert, indem es nicht „feststellen“ konnte, ob der Hauptangeklagte Berg

ein Spigel gewesen sei. Dagegen konnte es zu seinem großen Bedauern nicht verhindern, daß ein Hauptzeuge als Spigel entlarvt wurde. Dieser, ein Kaufmann Grimm, teilte als Mitglied der U. S. P. D. dem Gericht leutenhaft mit, wie „seiner“ Partei über ganz Deutschland Kampfgesellschaften verbreitet habe, bis es dem Verteidiger Hege wili gelang, nachzuweisen, daß der Ehrenmann im Dienste des halleischen Garnisonkommandos gestanden habe.

Von den Angeklagten erhielten Berg und Bormann achtzehn Monate, Ritter 15 Monate Gefängnis, die übrigen sieben kleiner Strafen. Wer von den Angeklagten Spigel war, wer nur Karz, blieb unangeklagt, aber vielleicht lernen die Arbeiter mit der Zeit solchen zweifelhaften Elementen gegenüber die größte Vorsicht anzuwenden.

## Die Wahlen in Oesterreich

### Ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft

Die deutschösterreichische Nationalversammlung hat nach langen Kämpfen zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie die Verfassung verabschiedet. Heute, am 17. Oktober, treten die Wähler Deutschösterreichs wieder an die Urne, um mit dem Stimmzettel zum Ausdruck zu bringen, welchen politischen Parteien ihr Vertrauen gehört.

Die deutschösterreichische Arbeiterschaft wird den Kampf um das Parlament nicht ganz geschlossen aufnehmen. Auch in Deutschösterreich hat sich ein, wenn auch winziger Teil der Partei gebildet. Trotzdem sind die Partei- und Kampferhältnisse des österreichischen Proletariats unergleichlich günstiger, als die deutschen. Die überwiegende Mehrheit steht fest in einer einzigen Partei zusammen, in der es genug Freiheit gibt zur Austragung taktischer Gegensätze. Die deutschösterreichische Partei hat zwar auch ihre Kriegssozialisten gehabt, aber niemals sind sie so tief gesunken, wie die unseren, niemals ist der revolutionäre militärische Geist der Roske bei den österreichischen Rechtssozialisten bemerkbar geworden. Das hat den Zusammenhang der Partei gewahrt, so daß sie der Bourgeoisie mit ganz anderer Autorität entgegentreten kann als es in Deutschland der Fall ist.

Auch die österreichische Arbeiterschaft ist durch die Verhältnisse über den beschränkten Wert der parlamentarischen Kämpfe aufgeklärt worden. Aber dieselben Verhältnisse haben auch die Arbeiterschaft gelehrt, daß eine zahlenmäßig starke, innerlich gefestigte Parlamentsvertretung schon von großer Bedeutung sein kann. Wohl fehlt der Fraktion, da sie nicht die „Mehrheit“ hatte, die formale Möglichkeit, nach Belieben zu diktieren. Aber zugleich konnte sie das Nötige tun, die außerparlamentarische Stellung der Arbeiterklasse zu schützen. Die sozialdemokratischen Minister benutzten ihre Aemter in erster Linie dazu, die Macht des Proletariats zu stützen und es vor jedem außerparlamentarischen bürgerlichen Gegenstoß zu bewahren. Das Proletariat ist in Deutschösterreich als Klasse zwar nicht bewaffnet, aber die Volkswehr wurde, soweit es irgend ging, zu einem Instrument der Republik und in zahlreichen wirtschaftlichen Kämpfen griff die Regierung energisch zugunsten der Arbeiter ein.

Da das österreichische Proletariat vor den Roskes verschont blieb, konnte sich der Kägedanke stärker erhalten als bei uns. Kein Scheidemann durfte wegen die Räte zu zertreten. Das österreichische Proletariat hatte infolgedessen nicht nur eine parlamentarische Machtposition, sondern es schuf sich im Arbeiterrat, vor allem im Wiener Kreisarbeitererrat, eine dauernde proletarische Klassenvertretung, die wiederholt als viel beachtete „Rebentregierung“ ihren Druck ausüben konnte.

Infolge dieser Entwicklung konnte die antiparlamentarische Kinderkrankheit im österreichischen Proletariat keinen nennenswerten Schaden anrichten. Die Beschränkungen, die dem österreichischen Proletariat durch die Ohnmacht des Staates der Entente gegenüber auferlegt sind, liegen außerdem so klar zutage, daß die Kossauer Theorien wenig Anhänger fanden. Selbstverständlich ist die Arbeiterschaft unzufrieden, eine „neue Linie“ kritisiert scharf das Koalitionsprinzip, aber die Kommunisten sind doch in eine recht unangenehme Lage versetzt worden durch das Diktat Kossaus, welches ihnen die Beteiligung an den Wahlen aufzwang, nachdem sie länger als ein ganzes Jahr hartnäckig nachgewiesen hatten, daß die Wahlbeteiligung eine konterrevolutionäre Handlung sei. Wenn Väterlichkeit töten könnte, wäre heute von den Kommunisten schon mancher nicht mehr am Leben.

Die Wahlen finden in einer ganz klaren politischen Situation statt. Niemals war die junge Republik so gefährdet. Der Weiße Schrecken Ungarns droht jeden Augenblick die letzten Vorstöße, die er bereits über die Grenze gemacht hat, in vergrößertem Umfang zu wiederholen. In Oesterreich selbst arbeitet die Ungarische Gesandtschaft mit Millionen Geldern gegen Sozialismus und Republik, im würdigen Bunde mit Christlichsozialen, Großdeutschen und Großökanten. Die Arbeiterschaft weiß, daß Deutschösterreich, isoliert wie es heute ist, keine direkte Aktion zur Eroberung der Diktatur des Proletariats unternehmen kann. Sie ist sich ihrer Aufgabe bewußt, zwei Hauptgedanken ihrer Politik lebendig erhalten zu müssen, bis die Möglichkeit besteht, diese Gedanken zu verwirklichen: nämlich den Anschluß an Deutschland und die Eroberung der politischen Macht. Und zu diesem Zwecke kämpfen sie mit vollem Recht um einen möglichst großen Wahlerfolg.

Die Gegner der Arbeiter von links sind nicht gefährlich. Der Feind steht rechts, seine Stärke wurzelt in den österreichischen Ländern, die nicht wie die Arbeiterschaft den Anschluß an die deutsche Einheitsrepublik erstreben, sondern weit eher für den Anschluß an eine süddeutsche Monarchie zu haben sind. Zur Charakteristik der christlichsozialen Partei (dem österreichischen Zentrum), die hauptsächlich in der Provinz herrscht, diene die folgende kleine Wahnwitz aus der christlichsozialen „Reichspost“:

„Die Feststellung im Wahlausruß, daß die christlichsozialen Partei „auf dem Boden der demokratischen Republik steht“, liegt natürlich nicht, daß sie Stimmen von Monarchisten ablehnt, sondern nur, daß sie eine Partei der Wirklichkeiten und gegebenen Tatsachen ist. Im übrigen haben in der christlichsozialen Partei Anhänger der Republik und Befürworter der monarchistischen Staatsform ebenfalls Platz wie die vielen, die dieser Frage vorurteillos oder gar gleichgültig gegenüberstehen.“

Das ist kein Witz, sondern die österreichische Bauern- und Spieherpartei wie sie lebt und ist. Wie in Deutschland, ist nur das Klassenbewußte Proletariat in Oesterreich der Hort der Republik, der Boden eines kommenden neuen Gesellschaftsordnung. Deswegen möge am 17. Oktober der österreichischen Arbeiterschaft den Ertrag bringen, der im Interesse des Sozialismus wendig ist!

# Der Schluß der Debatte

## Die Rede Longuets

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“

Seite 16. Oktober.

Genosse Longuet machte folgende Ausführungen:

Ich bedauere aufs Tiefste, nicht in einer Sprache zu Euch sprechen zu können, aber wir sprechen ja im Grunde alle dieselbe Sprache und so werden wir uns schon verstehen. Ich bin glücklich, daß ich als erster nach den langen schweren Jahren, die hinter uns liegen, zu den deutschen Sozialisten sprechen kann. Longuet gedenkt des Kongresses von 1918, auf dem die ganze sozialistische Partei Frankreichs wieder auf den Boden des revolutionären Sozialismus zurückgebracht wurde. In allen Ländern war der Krieg die große Probe für den Sozialismus. Longuet gedenkt aller Repräsentanten des deutschen Sozialismus, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Haase, Eisner.

Unsere Partei ist noch geeint.

Wir haben einige der äußersten Rechten wie Ansbriot, wie alle, die den Berliner Vertrag zugestimmt haben, ausgeschlossen. Wir werden auch weiter ausschließen, wenn es die Einheit der Partei erfordert. Wir wollen die traurigen Stunden, als es bei uns 3-8 Fraktionen gab, nicht mehr erleben. Ihr selbst habt ähnliches erlebt und geht noch weiterem entgegen. Ich hoffe, daß nach diesem Leidensweg das deutsche Proletariat wieder zu jenem von Jaures vorgezeichneten

Weg der Einheit

findet. Wir sind marxistisch genug, zu glauben, daß nicht das Gefühl allein die Arbeiter nach Rußland zieht. Ich sprach kürzlich vor der englischen Arbeiterschaft in Glasgow und konnte auch da die helle Sympathie der englischen Arbeiter für Rußland feststellen. Aber so sehr ich die russische Revolution anerkenne, so sehr ich jede Kritik der russischen Methoden ablehne, um der Bourgeoisie keine Waffen zu liefern, so sehr entschieden sage ich auch, die Methoden unserer russischen Kameraden sind untauglich für Westeuropa.

Die Bedingungen entspringen einer besonderen Philosophie, einer spezifisch russischen Philosophie und die 3. Internationale soll

eine russische Internationale

werden. (Lebhafte Beifall.) Die Bedingungen sind zum größten Teil unannehmbar für Frankreich, England und auch für Deutschland. Ich weiß, daß ihr in eurer Mehrheit für die Bedingungen seid. Aber diese Bedingungen sind leichter anzunehmen als durchzuführen. (Lebhafte Beifall.) Habt ihr sie durchgeführt, werdet ihr mancher Illusion beraubt sein. Longuet kommt dann auf die Gewerkschaftspolitik zu sprechen und erklärt, daß Trotski in Orleans ausgesprochen hat, daß die Moskauer Gewerkschaftspolitik für Frankreich unannehmbar sei. Ich werde mich bemühen, niemand zu verlegen. (Beano.) Aber ich muß bemerken, daß ich die russischen Methoden für gefährlich halte. (Longuet erwidert auf einen Zwischenruf, daß nicht Marx, sondern Bakunin solche Taktik betrieben habe.) Wenn es gelungen ist, an die Stelle der Rechtssozialisten gute Unabhängige in die Gewerkschaften zu setzen, warum wollt ihr sie zerstören, warum arbeitet ihr so nicht weiter. (Beano.) Warum wollt ihr aber zerstören?

Die Frage ist bei uns nicht einfach. In Frankreich haben die Bauern bereits das Land (Zuruf: aber in Deutschland nicht). (Stürmische Beifall.) Ihr habt hier Millionen von Industrie- und Bauern, wie haben Millionen von Bauern, gegen und ohne die wir keine Revolution machen können. Trotz meiner Freundschaft für Rußland, die mich meinen Parlamentarismus gelöst hat, muß ich auch erklären, daß wir mit unserer Taktik nur die Bourgeoisie stärken und bei uns ist aber die stärkste Bourgeoisie in Europa. Wenn die Einheit der Arbeiter zerstört ist, wird die Revolution noch weiter hinausgeschoben und der Kapitalismus triumphiert. (Lebhafte Beifall.) Was in Rußland, in England, in Belgien, in Amerika, in Spanien als Sekte besteht, das ist nicht das Proletariat.

Aber wir brauchen das ganze Proletariat.

Um sich zu vereinigen, müssen zwei vorhanden sein. Wenn die Bräut Schwägerleuten bereitet, muß die Hochzeit hinausgeschoben werden. In dieser Situation befinden wir uns. Wir haben wiederholt Beweise unserer Liebe dargebracht, aber als Antwort hat man uns den Stoß.

Ich will schließen mit dem Wort von Marx: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! und nicht Proletariat aller Länder zerstückelt Euch. (Stürmischer andauernder Beifall.)

Die Diskussion ist erloschen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Martov: Es ist ganz richtig, daß meine Partei in der ersten Phase der russischen Revolution in einer Koalitionsregierung gewesen hat, aber ich und meine Freunde haben diese Regierung mit allen Mitteln bekämpft und wir haben vor unserer Spaltung mit dieser ganzen Koalitionsregierung keinen Tisch gemacht und die rechten Genossen aus der Partei hinausgeschmissen. Martov geht in einzelnen auf Vorgänge bei der Oktoberrevolution 1917 ein, aus denen hervorgeht, daß damals eine Einigung zwischen Bolschewiki und Menschewiki möglich war, daß aber Lenin und Trotzki sie verhindert. Seit drei Jahren haben Sinowjew, Kamenev und andere ihre Ueberzeugungen gewechselt, während ich auch heute noch meine damalige Ueberzeugung teile.

In einer persönlichen Bemerkung weist der Genosse Ledebour die Angriffe des Genossen Hoffmann zurück.

Ich entgegnet in einer weiteren persönlichen Bemerkung Adolph Hoffmann, daß er gesagt habe, das Zitat von Sinowjew über die Schwäche der Lebensdauer der Revolution verstanden werden. Auf die Anpassungen wegen des Kultusministers will ich nicht eingehen, da ich mich damals nur dem Willen der Parteigenossen gefügt habe. In der weiteren Polemik bringt Hoffmann noch zum Ausdruck, daß sein Zitat „glückliche Reise über Leipzig nach Gallei“ dadurch gerechtfertigt wurde, daß der Weg der Rechten bei weiterer Vertiefung der eingeschlagenen Politik unbedingt zu den Rechtssozialisten führen müßte. (Beifall bei der Linken.)

Genosse Braß bittet die Delegierten, in Anbetracht der Wichtigkeit der Verhandlungen, daß diese möglichst ohne persönliche Bemerkungen geführt werden.

Genossin Ender stellt folgenden Satz Longuets, da sich Widerspruch erhoben hat, klar: wenn Sinowjew den Vorschlag machte, man möge die Bedingungen nennen, mit denen man nicht einverstanden sei. Ich will nicht annehmen, daß dies ein Kontrahent monder sein sollte. Wenn es ehrlich gemeint war, bitte ich die russischen Genossen, die Bedingungen zu revidieren unter gleichberechtigter Mitwirkung der in Frage kommenden Parteien. Aber indem diese letzteren nicht als Unterordnete gegenüber Vorgesetzten, sondern in vollem Sinne als Gleiche behandelt werden. (Lebhafte Beifall.)

Für den Deutschen Eisenbahnerverband erklärt Genosse Siephan:

Der vom Genossen Solowoff erwähnte Fall Geichte hat nichts mit der Parteimehrheit G. zu tun. Im deutschen Eisenbahnerverband sind Mitglieder der U. S. V. als Vertrauensleute und als Angestellte der Organisation tätig genau wie die Mitglieder anderer sozialistischer Parteien.

Die von der Präsidenten Generalversammlung eingeleitete Behördekommission, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Freunden und Anhängern Geiches besteht, hat die Tätigkeit, weil sie in ihrer Wirkung gewerkschaftstreuend war, verurteilt. Sie hat einstimmig einen Beschluß

gefaßt, der dahin ging, daß Geichte auf die Dauer von 2 Jahren von jeder Vertrauensstellung in der Organisation auszuschließen sei.

Wir konstatieren, daß der größte Teil der Delegierten, soweit sie sich politisch zur U. S. V. bekennen, trotzdem sie sachlich gegen Geichte Stellung nehmen mußten, gegen den Ausschluß Geiches gestimmt hat.

Paul Schulz, Frankfurt a. M., widerspricht dieser Feststellung und erklärt sie als formal und sachlich unrichtig.

Darauf erwidert Kassel den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Er stellt fest, daß Proteste aus fast allen Teilen Deutschlands eingegangen sind, die sich teils gegen die Urwahlen, teils gegen die Anwendung der Verhältniswahlen, teils gegen ihre Unterlassung richten. Es muß festgestellt werden, daß bei einem so vielfältigen Wahlverfahren von einer richtigen Wahl keine Rede sein kann. Um Klarheit zu schaffen, haben wir eine bestimmte Richtlinie aufgestellt, die mit 4:4 Stimmen in der Kommission abgelehnt wurde. So hat also der Parteitag selbst zu entscheiden. Es sollen nur die umstrittenen Mandate geprüft werden. Fraglich sind die Mandate von Hannover. Weiter steht offen Hamburg-Land. Als gültig anzusehen sind die 6 Mandate, ebenso die von Altona. In Hamburg-Stadt selbst sind so eigenartige Parteiverhältnisse, daß die Befürworter der Liste Bergmann keine Möglichkeit hatten, ihren Wahlvorsatz zur Kenntnis zu bringen. Die Kommission hat beschlossen, 7 Mandate der Befürworter, 3 der Gegner anzuerkennen. Das Gleiche gilt für Württemberg, wo zwar Urwahl aber keine Verhältniswahl erfolgt ist. Hier hat die Kommission 7 Mandate den Befürwortern und 2 den Gegnern zuerkannt. Stimmen sie diesen Vorschlägen zu, dann übernehmen die Organisationen auch die Verpflichtungen, die Kosten für diese Mandate zu übernehmen.

Zur Ergänzung nimmt Genosse Wegmann das Wort und erklärt, daß die Zusammenlegung des Parteitages gewiß kein getreues Spiegelbild des Willens der Mitgliedschaften ergibt. Aber ich möchte mir dennoch das Urteil nicht zu eigen machen, daß hier von einer Zufallsmehrheit gesprochen werden kann. Das ungenannte Spiegelbild liegt daran, daß die Mitteilung des Zentralkomitees, ohne Urwahl unzulässig, zu spät in die Bezirke gelangt ist. Es steht noch dahin, ob die Zentrale auf Grund des Organisationsstatuts zu dieser Parole berechtigt war. Der Revisor stellt fest, daß durch die um 24 Stunden verzögerte Ablieferung der Pflichtbeiträge, also durch die Schuld eines Einzeligen, 42.000 Hamburger Parteimitglieder unvertreten bleiben sollten, während ihnen 21 Delegierte zustehen. Wegmann schlägt vor, die 18 aus Hamburg anwesenden Delegierten der Anklagebefürworter anzuerkennen und den Gegnern 3 zuzubilligen. Auch für Württemberg ist eine Einigung erzielt worden. Wenn wir sämtliche Mandate anerkennen, wird an dem Stimmungsverhältnis doch nichts geändert werden. Werden alle stützigen Mandate anerkannt und den Gegnern die vorgeschlagenen 3 zugebilligt, so wird sich die Zahl der Delegierten auf 388 erhöhen. Bei der Urabstimmung sind nach den gesammelten Notizen 144.964 Stimmen für und 91.268 Stimmen gegen die Bedingungen abgegeben worden.

Im Auftrage seiner Württemberger Parteifreunde gibt Böttcher Stuttgart eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß die Urwahlen der Parteidelegierten in Württemberg auf Grund von Vereinbarungen zwischen Mehrheit und Minderheit ordnungsmäßig stattgefunden haben. Die 9 Delegierten der Mehrheit sind daher zu Recht gewählt. Um jedoch keinen Konflikt zu schaffen, fügen sich die Parteifreunde Böttchers dem Mehrheitsbeschluss des Parteitages.

Hierauf gibt Genosse Kosenfeld folgende

Erklärung

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt sich, daß bei der Wahl der Delegierten zu diesem Parteitag in zahlreichen Bezirken nicht ordnungsmäßig verfahren ist. Nach den Bestimmungen des Zentralkomitees und der Zentraleitung waren die Wahlen in allen Bezirken durch Urwahlen und als Verhältniswahlen vorzunehmen. In manchen Bezirken haben keine Urwahlen, in anderen Bezirken keine Verhältniswahlen stattgefunden. In vielen Bezirken wurden in einem Teil der Organisationen Urwahlen, in einem anderen Teilwahlen in Versammlungen oder Konferenzen vorgenommen. In vielen Bezirken haben zum Teil Verhältniswahlen, in anderen Teilen nur einfache Urwahlen stattgefunden. In manchen Bezirken sind die verschiedenartigen Wahlmethoden angewendet worden: Urwahlen und Wahlen in Versammlungen oder Konferenzenwahlen durch einfache Mehrheit und als Verhältniswahlen.

Michin fehlt diesem Parteitag die gemeinsame rechtliche Grundlage für zehnjährige Mandate, und damit den Beschließen eine unabweisbare rechtliche Grundlage. (Adolph Hoffmann ruf: Adnotat.) Den Rechtsanwalt Karl Liebknecht haben wir alle verehrt (Stürmischer Beifall), den Rechtsanwalt Kurt Kosenfeld habe ich noch bis in die letzten Tage gern in Anspruch genommen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Ich habe weiter zu erklären: hinzukommen noch die besonderen Vorkommnisse und die größten Verhältnisse in den Bezirken Hamburg, Württemberg, Hannover und anderen Orten. (Zuruf: Frankfurt a. M.) Sowohl, auch Frankfurt a. M. Wir wollen in diesem historischen Augenblick keine Auseinandersetzung um Mandate entfachen. Ich enthalte mich daher völlig des Eingehens auf alle Einzelheiten. Wir werden aber gegen die Gültigkeit der Mandate kämpfen.

Um den Parteitag nicht länger als unbedingt notwendig mit dieser Mandatsprüfung aufzuhalten, beschränken wir uns jetzt darauf, hier vor aller Welt feierlich Rechtserwahrung zu erheben. (Stürmischer Beifall rechts.)

Koenen stellt unter dem Beifall der Mehrheit des Parteitages fest, daß die Erklärung Kosenfelds jeder Wirklichkeit entbehrt. Er verliest aus dem Organisationsstatut, um zu beweisen, daß jeder Parteitag selbständig seine Mandate prüft.

Die Sitzung des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission am vorigen Montag haben ausdrücklich erklärt, daß die eingelaufenen Beschwerden über Verträge bei der Urwahl der Parteidelegierten unerheblich sind. Weiter ruft Koenen nachzuweisen, daß gerade auf die Vorschläge des Referenten Dittmann auf dem Parteitag in Leipzig beschlossen worden ist, keine Urwahl vorzunehmen. Es sei dem Genossen Dr. Kurt Kosenfeld vorbedacht geblieben, die Beschlüsse eines Parteitages wegen beanstandeter Mandate als nicht verbindlich zu erklären. Mit solchen Mitteln hätten die Rechtssozialisten gegen uns gekämpft.

Wir erklären daher, daß die Beschlüsse des Parteitages der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei unbedingt rechtsverbindlich sind. (Starker Beifall.) Es liegt außer Zweifel, daß sich die Mehrheit der Mitgliedschaften für unsere Seite entschieden hat. Der Wille der Mitgliedschaften in den Bezirken ist zweifelsfrei zum Ausdruck gekommen. Ich bitte Sie nun, überall im Lande zu erklären, daß wir die Unabhängige Partei sind. Wer dagegen mit juristischen Argumenten kommt, begeht einen offenen Rechtsbruch. Wir sind aber bereit, alle Kompromissvorschläge in der Mandatsanerkennung anzunehmen, da sie an dem endgültigen Ergebnis nichts mehr ändern. (Starker Beifall.)

Paier-Rüdenberg erklärt im Namen des Beirats, daß die Rechtslage auf Seiten der Linken ist. Der Parteitag wurde einberufen, ohne daß vorher Kontrollkommission und Beirat zugezogen wurden. Dagegen habe ich auch in der letzten Sitzung des Parteivorstandes protestiert. Durch die Urwahl hofften die Anklagegegner im Zentralkomitee eine große Mehrheit zu erzielen, und erst jetzt, nachdem sich das Gegenteil herausgestellt hat, machen die Anklagegegner Schmierigkeiten.

Adolph Hoffmann beantragt

Schluß der Debatte.

Kosenfeld tritt dem Antrag Hoffmann entgegen. Dann würde sich noch klarer erweisen, daß er nicht das Recht, sondern die Macht entscheidet. (Heftige Unruhe.) Ich erhebe Einspruch dagegen, daß ich auf Koenen nicht die Antwort geben kann, die er verdient. Ich bitte Sie dringend, nicht neue Erregung in unsere Reihen zu bringen und den Antrag Hoffmann abzulehnen.

Vorsitzender Braß weist den Vorwurf, daß die eine Seite ver Gewaltigt werde, vor aller Öffentlichkeit zurück. Ein schriftlich formulierter Antrag Koenens, in dem beantragt wird, im Sinne des letzten Parteitages und des Statuts über die Einberufung des jetzigen Parteitages zu verfahren und sowohl die Urwahlen als auch die Wahlen, die in Konferenzen und Versammlungen erfolgten, für gültig zu erklären, wird zurückgezogen.

Bei der Abstimmung über den Schluß der Debatte ergibt sich für die Annahme eine Mehrheit, die von Dittmann angezweifelt wird. Nach den Ausführungen des Genossen Braß bestritten Dittmann den Delegierten, deren Mandate angezweifelt sind, das Recht, mitzustimmen. Braß stellt dazu fest, daß es bisher immer üblich gewesen ist, solange über die Mandate nicht entschieden ist, diese Delegierten bei rein geschäftsmäßigen Fragen mitstimmen zu lassen.

Genosse Dittmann erinnert an den ersten Tag, an dem schon Zweifel über die Zahl der Mandate erhoben wurden. Ich selbst habe als Vorsitzender in mehreren Fällen vermittelt und die Differenzen beseitigt und keine formalen Abstimmungen vorgenommen. Auch Braß hat das getan. Bei der jetzigen Abstimmung habe ich Braß gesagt, ich hindere ihn nicht, festzustellen, was die Mehrheit ist.

Darauf wird die Abstimmung nochmals vorgenommen und das Bureau erklärt zur Hälfte (Braß und Dittmer), daß der Schlußantrag angenommen ist. Dittmann und Hoffmann können das nicht entscheiden.

Genosse Kassel macht als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission einige Schlussbemerkungen. Der Vorsitz, den Wegmann jetzt macht, geht über die Richtlinien der Kommission hinaus. Der Kompromißvorschlag für Hamburg würde dadurch aufgehoben werden. Kassel polemisiert gegen Koenen, dessen Anregungen hier zu spät kommen. Das hätte er in der Zentralleitung tun können. Der Leipziger Beschluß bestimmt die Wahl der Delegierten. Der Gothaer Beschluß bestimmt die Urwahl über sachliche Dinge. (Sehr richtig!) Wir können nur feststellen, wo die Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Er sichert Verlohn, Soltingen, wo gegen die Bestimmungen verstoßen wurde. Die Feststellung ist notwendig, daß dieser Parteitag kein getreues Spiegelbild der Partei darstellt, da derartige Wahlverfahren gehandhabt wurden. Nehmen Sie an, was Sie wollen. In jedem Fall bleibt das Resultat daselbe.

Genosse Dittmann stellt nochmals fest, daß nur die Mandate Stimmrecht haben, die als gültig anerkannt sind.

Darauf verliest Genosse Braß die Namen der angefochtenen Mandate, die sich nicht an der Abstimmung beteiligen sollten. Bei der nunmehr erfolgten Abstimmung wird der Antrag der Mandatsprüfungskommission, alle angezweifelte Mandate als gültig zu erklären, gleichviel durch welchen Wahlgang die Mandate zustande gekommen sind, mit 224 gegen 158 Stimmen angenommen.

Vorsitzender Braß stellt fest, daß die Mandatsprüfungskommission nur 367 Mandate als unangefochten erklärt hat, während jetzt 382 Stimmen abgegeben wurden. Auf den Vorschlag Braß, trotzdem die Abstimmung als gültig anzuerkennen, da man sich von beiden Seiten nichts vorzumerken habe, wird Widerspruch erhoben. (Heftige Unruhe.) Braß macht nun die Mitteilung, daß jetzt nach der Namensliste mit ja und nein abgestimmt werden wird.

Genosse Kosenfeld erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie keinen Widerspruch erheben aber die Abstimmung aufrechtzuerhalten. Adolph Hoffmann bittet trotz Kosenfelds Erklärung nach dem Vorschlag des Vorsitzenden zu verfahren. Darauf wird die namentliche Abstimmung vorgenommen.

Dann erfolgt Vertagung auf Nachmittags. — Das weitere Ergebnis finden die Leser auf der ersten Seite.

## Erklärung

Genosse Schwent, der Verleger und Redakteur des „Mitteilungsblattes für die Anhänger der dritten Internationale in der U. S. V.“ schreibt in der ersten Nummer dieser Zeitung unter der Spitzmarke „Nicht Verführung, sondern Erhaltung der Freiheit“ u. a.:

„Es waren (in der kombinierten Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Verlagsgenossenschaft und der Betriebskommission) zwei Mitglieder des Betriebsrates der „Freiheit“ anwesend, darunter ein Redakteur, der wahrscheinlich mit für das Verbleiben seiner Redaktionskollegen stimmte und so gewissermaßen in eigener Sache entschieden hat. Der Betriebsrat des viel zahlreicheren technischen Personals hat keine Vertretung im Ausschuss.“

Der Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ stellt dazu folgendes fest:

1. Ein Redakteur gehört dem Betriebsrat nicht an, es kann also dementsprechend auch kein Redakteur in eigener Sache entscheiden haben.

2. Wenn mit dem Redakteur der D. B. M. n. des Betriebsrates gemeint sein sollte, der Berichterstatter ist, so wird nachdrücklich Berwahrung dagegen eingelegt, daß unser Obmann vom Genossen Schwent indirekt der Gesinnungslumperei bezichtigt wird, denn eine Stellungnahme bei solchen wichtigen Fragen, diktiert von persönlichen Motiven, wäre Gesinnungslumperei. — Der Obmann ist lediglich ausführendes Organ des gesamten Betriebsrates. Seine Stellungnahme bezieht sich mit den ihm vom Betriebsrat vor der Sitzung vorgezeichneten Direktiven.

3. Nicht der Betriebsrat der „Freiheit“ war bei der fraglichen Sitzung durch zwei Mitglieder vertreten, sondern der Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft, gewählt von den Arbeitern und Angestellten der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

4. Dem Genossen Schwent wäre es ein leichtes gewesen, sich von diesen Tatsachen zu überzeugen. Er hat es vorgezogen eine Stimmungsfrage gegen den Obmann des Betriebsrates zu inszenieren. Diese Handlungsweise des Genossen Schwent wird als unethisch und nicht parteigenössisch auf das entschiedenste zurückgewiesen.

Der Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Eine Betriebsversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ hat sich am Donnerstag mit der Haltung des Betriebsrates in der Zeit des Parteistrikes befaßt. Seiner Stellungnahme, in erster Linie darüber zu wachen, daß Material und Arbeitszeit von Angestellten der Verlagsgenossenschaft nicht zum Schaden oder Nutzen der einen oder anderen Richtung benutzt wurden, weil die Verlagsgenossenschaft von Genossen beider Richtungen aufgebaut ist, wurde einstimmig zugestimmt. Ebenfalls einstimmig schloß sich die Betriebsversammlung der obigen Erklärung des Betriebsrates an.

Die Waffenablieferung in Sachsen. In Waffen sind in Sachsen bis zum 1. Oktober abgeliefert worden u. a.: 22 Maschinen-gewehre, 12.133 Gewehre, 1312 Handgranaten, 17.570 Handgranatenzünder, 350.575 Schuß Munition für Handfeuerwaffen, 2067 Armeevölker, 3 Granatenwerfer, 301 Maschinengewehre, 57 Sprengkörper. Es wird vermutet, daß noch Maschinengewehre, Handgranaten und Munition verborgen gehalten werden.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Eblissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an

Spez.: Zahne ohne Saumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Hartvanti, Danziger Straße 7.

# Sehr preiswertes Angebot!

Wir bringen diese und nächste Woche:

## HERREN-STIEFEL

- Herren-Schnürstiefel, Lederkappe, Lederbrandsohle, gepolstert, moderne Ausführung, Lederkappen und Brandsohlen. 98.85
- Herren-Rindbox-Schnürstiefel, Lederkappe, Lederbrandsohle, gepolstert, moderne Ausführung, Lederkappen und Brandsohlen. 138.50
- Herren-Roßchevreaux-Schnürstiefel, randgenäht, gutes Fabrikat. 158.50
- Herren-Schnürstiefel, Boxcallleder, randgenäht. 168.50
- Herren-Mastkalbleder-Schnürstiefel, randgenäht, mit Doppelsohlen. 195.50

## DAMEN-STIEFEL

- Damen-Schnürstiefel, Rindboxleder mit leinenen Preisarbeiten, guter Strapazierstiefel. 98.85
- Damen-Schnürstiefel, mit Lackkappe, elegante Form, hohe Absätze. 118.50
- Damen-Schnürstiefel, pa. R. Chev., tadellose Ausführung u. Paßform. 138.50
- Damen-Schnürstiefel, echt Chevreau und prima Boxcall, auch mit Lackkappe, gute Rahmenware. 178.50
- Damen-Hochschaff-Schnürstiefel, mit Lackbesatz und feinfarbigem Lederinsätzen. 198.85

## DAMEN-SCHUHE

- Damen-Spangenschuhe, mit hohen Absätzen, gute Paßformen, Chevreau mit Lackkappe, elegante Form. 58.50
- Damen-Schnürschuhe, hohe Absätze, Roßchevreaux, elegante Form, bessere Verarbeitung, guter Boden. 65.50
- Damen-Schnürschuhe, Chevreau mit Chromledereinsatz, erstklassiges Material, Rahmenarbeit. 85.85
- Damen-Schnürschuhe, mit Chev.-Einsätzen, elegante Form, erstklassiges Fabrikat, Rahmenarbeit. 128.50
- Damen-Lack-Schnürschuhe, mit Chev.-Einsätzen, elegante Form, erstklassiges Fabrikat, Rahmenarbeit. 178.85

Burschenstiefel, Roßbox und Roßchev., guter genagelter Boden, Gr. 35/39 M. 98.85

# „Der Schuhhof“, Berlin W 9, Linkstraße 11

Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung, Inh.: Theodor David. Wiederverkäufer wollen Extraofferte verlangen.

Geschäftszeit 10-7 Uhr.

Kein Laden. 4-Etagen-Verkaufshaus auf dem Hofe. Zweigniederlassung: Spandau, Breite Straße 22, I.

## Theater und Vergnügungen

### Volkstheater

Der Richter v. Zalamea  
Nächtchen von Heilbronn  
Neues Volksstheater  
Nora

### Proletartheater

Am 20. Oktober  
Müllerstraße 142  
Gegen den weißen Schrecken  
Für Genuß und Bildung  
Der Krüppel - Der dem Tode  
Wahls Tag

### Staatstheater

Donnerstag, 17. Oktober, Vorst. 8 Uhr  
Palastrina  
Montag, 18. Oktober, Vorst. 7 Uhr  
Die Journalisten

### Die Journalisten

Montag, 18. Oktober, Vorst. 7 Uhr  
Die Journalisten  
Montag, 18. Oktober, Vorst. 7 Uhr  
Die Journalisten

### Trianon-Theater

Der Roman einer Frau  
Die Journalisten

### Residenz-Theater

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

### Friedrich-Wilhelms-Theater

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

### Die Journalisten

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

### Die Journalisten

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

### Die Journalisten

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

### Die Journalisten

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

### Die Journalisten

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

### Die Journalisten

Die Journalisten  
Der Roman einer Frau

Hippolyt-Theater  
Friedrichstr. 218  
7 1/2 abendlich 7 1/2  
Harems-Nächte  
Sonntags 11/2 U. 1 Abt. frei.

**Nelson-Theater**  
Kurfürstendamm 217  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die neue Komödie  
**Totalmanoli!**  
Text: Erich Kästner  
Musik: Eberhard Weiser  
Musik von Rudolf Nelson.

**Circus**  
Nur noch kurze Zeit  
GEOR. BLUMENFELD  
MAGDEBURG  
Neukölln  
Kais.-Friedrich-Str.  
an Polizei-Praktikum  
7 1/2 Uhr:

**Garbur-Bros**  
der Herr des Todes.  
Theater a. Konigs-Tor  
Tel. Moritzplatz 16914.  
Tgl. 7 1/2 u. Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Elle-Sänger**  
Hilfchen - Komödie  
Vorst. 11-12 u. 4-5 U.

**Königstätt-Theater**  
Tgl. 7 1/2 u. Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Elle-Sänger**  
Hilfchen - Komödie  
Vorst. 11-12 u. 4-5 U.

**Kredit-Haus Anders**  
am Bahnhof Wedding  
Geheimes Haus  
direkt am Reichstagsplatz  
**Serren**  
Damen-Garderoben  
Kleider, Hüte  
auf Bestellung  
**MÖBEL**  
u. Polsterwaren  
eigenes Fabrikat.  
Kredithaus „ANDERS“  
Gründerhaus  
direkt am Reichstagsplatz  
Reichstagsufer Straße 16,  
Wand-, Reichstagsufer - Ecke,  
Hant., I., II., III., IV. Etage.

**Ausschneiden!**  
Gültig nur bis 31. Oktober 1920.  
**Sondervergünstigung**  
nur für die Leser der „Freiheit“  
Residenz-Theater  
Sonntag, d. 17. Okt., 4 Uhr:  
Die Freundschaft  
Mittwoch, d. 20. Okt., 4 Uhr:  
Struwalder  
Donnerstag, d. 21. Okt., 4 Uhr:  
Schneewittchen  
Freitag, d. 22. Okt., 4 Uhr:  
Struwalder  
Sonntag, d. 23. Okt., 4 Uhr:  
Schneewittchen  
Sonntag, d. 24. Okt., 4 Uhr:  
Die Freundschaft  
Mittwoch, d. 27. Okt., 4 Uhr:  
Struwalder  
Donnerstag, d. 28. Okt., 4 Uhr:  
Schneewittchen  
Freitag, d. 29. Okt., 4 Uhr:  
Struwalder  
Sonntag, d. 30. Okt., 4 Uhr:  
Schneewittchen  
Sonntag, d. 31. Okt., 4 Uhr:  
Die Freundschaft

**Ausschneiden!** Dieser Schein  
gewährt zu allen obenan-  
gezeigten Aufführungen die Entnahme von 1-6  
Billets im Parkett und I. Rang zum bedeutend  
ermäßigten Preise. Die Ermäßigung beträgt  
die Hälfte des Kassapreises. Die Ausgabe der  
Billets erfolgt nur an der Theaterkasse am Tage  
der betr. Vorstellung 1 Stunde vor Beginn.

**Kabarett-Café**  
**ORIENTS**  
Strausberger Platz, 5 Min. v. Alexanderpl.  
Hervorragend. Oktober-Programm  
Viktor Ritter Müller-Tenz  
Paula Hüll Lotz Lutz  
Margot von Sella Herberl E. Harlessen  
Sollicette Hauskapelle Hansl

**Kammer-Tanzspiele**  
Bülowstraße 6 Am Nollendorferplatz  
Telephon: Lützow 2305  
Täglich  
7 1/2 Uhr:  
Orientalisches Ballett  
und Schönheitstänze

Kommandantenstr. 80-81  
Berlin SW.  
**KVG**  
Kleider-Verwertungs-Gesellschaft  
Unter kommunaler Aufsicht.  
Verkauf an alle Einwohner Groß-Berlins — ohne Bezugschein.  
**Billige Kleidung, Wäsche, Stiefel**  
Herren-Anzüge . . . . . 65.— bis 445.— M.  
Jünglings-Anzüge . . . . . 139.— bis 293.— M.  
Knaben-Anzüge in allen Größen  
Blaue Arbeiter-Anzüge . . . . . bis 50.— M.  
Herren-Ulster . . . . . 106.— bis 298.— M.  
Jünglings-Ulster . . . . . 85.— bis 185.— M.  
Herren-Hosen . . . . . 48.— bis 155.— M.  
Herren-Stiefel . . . . . 55.— bis 210.— M.  
Kinder-Stiefel . . . . . 14.— bis 90.— M.  
Damen-Stiefel . . . . . 90.— bis 175.— M.  
Warme Schuhe und Pantoffel.  
Besorgung: Sohlen u. Absätze für Herren v. 15.— M., für Damen v. 13.50 M., für Kinder v. 9.50 M. an. Lieferzeit 8 Tage.  
Anzugstoffe . . . . . Meter 35.— bis 80.— M. | Männer-Strickjacken . . . . . 35.— bis 38.— M. | Hemdenstoffe  
Meter 9.— bis 14.— M. | Herren- u. Knabenmützen 8.— bis 18.— M. | Meter 9.— bis 14.— M.  
Die KVG steht unter Aufsicht der Stadt und darf keine Gewinne durch den Verkauf erzielen.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstrasse 80-82 gegenüber der Reichdruckerei  
Nicht zu verwechseln mit dem Neuen Central-Theater, Kommandantenstr.  
Haben Sie die Operette „Das Schwarzwaldmädel“ gesehen? Dann müssen Sie  
auch „Das Schwarzwaldmädel 2. Teil“  
**Frau Bärbel**  
Operette in 3 Akten von Josef Sings  
im Central-Theater gesehen haben. Umfang 7 1/2 Uhr.  
**Ausschneiden!**  
Besondere Vergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“.  
Gültig nur an Wochentagen für 1-5 Personen!  
Freie der Plätze einschließlich Gastbarkeitssteuer:  
Orchester-Sessel N. 10, Parkett-Sessel N. 9, Parkett N. 7,  
Mittelbalk. 1. u. 2. Reihe N. 6, Mittelbalk. 3. b. 5. Reihe N. 4.  
Gesamtkauf täglich von 10 1/2-3 Uhr und von 4 Uhr ab.  
\* Wegen des starken Andranges an der Abendkasse empfiehlt es sich, die Billets \*  
\* schon im Voraus zu kaufen (ohne jeden Zusatz) an der Tageskasse zu erwerben. \*

**Wiederauftreten von**  
**PAUL WESTERMEIER**  
abendlich i. d. Operette  
**Die Csikosbaroness**  
Neues Operettenhaus Schiffbauerdamm 4.  
Am 18. und 21. ausverkauft

**Belzwaren**  
Jetzt sehr billig!  
Herren-Anzüge . . . . . 250 M. an  
Hilfs . . . . . 200 M. an  
Jünglings-Anzüge . . . . . 100 M. an  
Gute Auswahl in feinsten  
Belzwaren. — Reparaturen  
insgesamt 5 Tage  
Bester Kürschnerstr.  
Königsufer Damm 15  
Tel. und Hülse 10001-1

**Briefmarken, Münzen**  
kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
Nordend 1062L.  
**Geschäftsräume**  
Wir haben zum 1. Dezember 1920 ev. früher  
**90 kleine Geschäftsräume**  
in allen Stadtteilen Groß-Berlins. Gelegte müssen  
partielle gelassen sein zur Kühlung von Fern-  
handelsbetrieben. Offerten an Hauptkass. S. 13 S.  
Einnahme 83/85.

# Genosse Martow über die russischen Zustände

## Aussichten des Bolschewismus

Genosse Martow, der Führer der Menschewiki, ist aus Rußland in Berlin eingetroffen und nimmt an dem Parteitag in Halle teil. Einer unserer Mitarbeiter hatte eine Unterredung mit ihm, aus der wir einige interessante Einzelheiten wiedergeben.

Auf die Frage, ob er von den bolschewistischen Behörden ohne besondere Schwierigkeiten die Ausreisepässe erhalten habe, erzählte Martow, daß er zur Zeit der russischen Siege über Polen um diese Reisegenehmigung eingekommen sei. Er habe darauf hingewiesen, daß angesichts der militärischen Erfolge doch wohl kein Grund vorhanden sei, Gegnern der Bolschewiki das Verlassen des Landes zu unterlagen und ausdrücklich bemerkt, daß er eine Abschrift seines Gesuches an die ausländischen Delegierten zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale sende. Vielleicht hätten diese Hinweise den Entschluß der Volkskommissare erleichtert. Ein Parteigenosse, der gleichzeitig mit ihm den Pass erhalten hat, ist noch nicht eingetroffen, die Möglichkeit besteht, daß er zurückgehalten worden ist.

Auf die internationale Lage Rußlands übergehend, bemerkt Martow, daß die Sowjet-Regierung zur Zeit zweifellos ernsthaft entschlossen sei, den Frieden mit Polen zu halten, zumal da sie sich militärisch außerstande sähe, einen neuen Vorstoß zu unternehmen. Die Truppen seien durch die Niederlage einigermassen deprimiert. Sie hätten gern, ja mit einer gewissen Begeisterung, den Krieg gegen die Polen geführt, da die Siege über Kosschak und Denikin ihr Selbstbewußtsein sehr gesteigert und ihnen die Hoffnung gegeben hätten, durch einen schnellen Triumph über Polen endlich zu dauernden friedlichen Zuständen zu gelangen. Der Fehlschlag habe sie etwas entmutigt, und dazu komme, daß ein Winterfeldzug wegen der Schwierigkeiten des Nachschubs, der Verpflegung und der Ausrüstung ein sehr bedenkliches Unternehmen sein würde. Möglich sei immerhin, daß im Frühjahr die Reigung zum Kampfe gegen Polen neu erwache.

Nun ließe sich denken, daß die jetzt frei gewordenen Armeen gegen den General Wrangel verwendet werden könnten. Aber Martow ist nicht sicher, ob das geschähe. Tatsächlich hat Wrangel in letzter Zeit nicht unbedeutliche Fortschritte gemacht. Es stehen ihm etwa 80 — 100000 Mann zur Verfügung, die gut ausgerüstet sein wollen. Es ist ihm auch gelungen, die Kasaken für sich zu gewinnen, die seinerzeit von Denikin abgefallen waren und sich den Bolschewiki angeschlossen hatten, jetzt aber besonders infolge des bolschewistischen Requisitionssystems wieder auf die andere Seite getreten sind.

Natürlich hängen die Pläne für das Frühjahr in sehr hohem Maße von dem Verlauf des Winters ab. Der Winter wird nach Martows Überzeugung dem russischen Volke sehr viel Schweres bringen. Das hängt zum guten Teil mit der großen Misere zusammen. Die Rationierung ist eigentlich nur in den großen Städten durchgeführt. Dort droht das Brot sehr knapp zu werden, noch mehr aber in den kleineren Städten. Selbst auf dem Lande herrscht ein starker Lebensmittelmangel. Dadurch wird die Unzufriedenheit gefördert. Man darf fast mit Sicherheit damit rechnen, daß im Laufe des Winters lokale Unruhen und Revolten ausbrechen, die möglicherweise einen großen und verhängnisvollen Umfang annehmen. Die Nachrichten, die bis jetzt in der westeuropäischen Presse über die Zustände in Rußland verbreitet werden, sind freilich, wie Martow erklärt, stark übertrieben. Insbesondere weiß er nichts über eine Matrosenrevolte in Petersburg, wo er sich in der letzten Septemberwoche aufgehalten hat. Es ist ihm nur etwas von einem großen Streik bekannt, der allerdings mit Mitteln der Gewalt niedergeschlagen worden sei.

Die Niederlage im polnischen Kriege, die schlechten Aussichten für den Winter begannen, in bolschewistischen Kreisen sehr deprimierend zu wirken. Man fürchte für die Zukunft. Zwar gäbe es im Augenblick keine organisierte Opposition, die dem bolschewistischen Regime gefährlich werden könnte, aber man verfolge doch mit besorgter Aufmerksamkeit die kriiische Stimmung in gewissen Volkschichten. Da sei die Bauernschaft, die sich gegen die erzwungenen Abgaben von ihrer Ernte auflehne, da sei das Heer, dessen Offizieren (nicht etwa

den alten zaristischen, sondern den neuen revolutionären) eine Art von demokratischem Bonapartismus vorschwebte, da sei die Intelligenz und die neue Bourgeoisie?

Ja gibt es denn in Sowjetrußland eine Bourgeoisie? Martow läßt den Zweifel auf. Die Sowjetregierung hat nicht ganz auf die private Initiative einzelner verzichtet können. Besonders um den Heeresbedarf zu decken, sind einzelnen Unternehmern große Aufträge erteilt worden. Es wurde ihnen aufgegeben, bestimmte Artikel, auf welchem Wege immer zu beschaffen und herzustellen, und sie wurden für ihre Leistungen außerordentlich hoch bezahlt. Dazu kommen die Gewinne aus dem Schleichhandel aller Art, und kurz und gut eine neue besitzende Klasse, eine Sowjetbourgeoisie ist in der Entwicklung begriffen, die unter Umständen dem Regierungssystem gefährlich werden kann.

Die Menschewistische Partei wünscht ihrerseits keinen gewaltsamen Sturz des Systems. Ihre Hoffnung ist auf eine innere Umwandlung und Entwicklung des Bolschewismus selbst gerichtet, die nach ihrer Meinung durch die Wiederanknüpfung ökonomischer Beziehungen zu den Westländern gefördert werden könnte. In dieser Richtung versucht die Partei zu arbeiten. Allerdings ist ihre Tätigkeit durch die gewalttätigen Maßnahmen der Herrschenden außerordentlich erschwert. Da ihr die Presse fehlt, kann sie eigentlich nur in den öffentlichen Sowjets, in denen sie teilweise vertreten ist, ihre Mahnungen erörtern lassen.

In dem Moskauer Sowjet hat sie beispielsweise unter 1800 Mitgliedern 45 Vertreter. Der Prozentsatz ist an sich gering, aber seine Bedeutung wächst, wenn man sich die Art vergegenwärtigt, wie die Wahlen zustande kommen. Zunächst hat, um nur das eine zu erwähnen, die Leitung der Gewerkschaften ein Gremium von vierzig Personen, das ausschließlich aus Kommunisten besteht, das Recht, 85 Mitglieder in den Sowjet zu entsenden. Im übrigen finden die Wahlen in den Betrieben öffentlich statt und stehen unter einem starken terroristischen Druck der Bolschewiki. Martow ist von einer gemischten Fabrik gewählt, in der er beschäftigt ist. Die Kommunisten hatten ihn als Gegenkandidaten Lenin gegenübergestellt, der aber nur 8 Stimmen gegenüber den 76 für Martow abgegeben erhielt. Hierauf wurde auf Grund einer Bittschrift von Arbeiterinnen, die erklärten, sie hätten nicht gewußt, worum es sich bei der Wahl gehandelt habe, ein neues Wahlverfahren angedordnet. Es stellte sich heraus, daß die Bittschrift unter der Drohung zustande gekommen war, dem Betriebe das Holz zu entziehen und ihn so zur Stilllegung zu zwingen. Da aber schließlich den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen klar gemacht werden konnte, daß eine Stilllegung nicht möglich sei, da diese Fabrik so ziemlich die einzige ist, die noch einige Medikamente herstellt, wurde Martow mit dem alten Stimmenverhältnis wiedergewählt.

Schlimmer erging es einem anderen Menschewiki, dem Genossen Abramowitsch. Der hatte in einer Begrüßungsansprache an die englische Delegation Bemerkungen gemacht, die von der Sowjetregierung als höchst lehrerlich empfunden wurden. Die Folge war, daß den Arbeitern der Fabrik, die ihn gewählt hatten, von dem Gesundheitsamt die Rüche entzogen wurden, da die Arbeiter, wie es ihr gutes Recht war, die Rüche aus Fabrikmitteln beschafft hatten, um Milch für ihre Kinder zu erhalten. Als durch eine Neuwahl Abramowitsch abberufen wurde, erhielt die Fabrik ihre Rüche zurück.

Im übrigen steht die Geschäftsordnung des Sowjets einer ernsthaften Betätigung der menschewistischen Minderheit hindernd im Wege. Die Tagesordnung von den einzelnen Exekutivkomitees wird nicht von dem Sowjet selbst, sondern von dem Exekutivkomitee festgesetzt. Formell hat die Versammlung das Recht, die Tagesordnung zu ändern, aber für die Begründung eines Abänderungsantrages sind nur zwei Minuten Redezeit festgesetzt, eine Frist, in der natürlich die Gründe nicht eingehend entwickelt werden können. Ein Vertreter des Exekutivkomitees erstattet dann das Referat über den auf die Tagesordnung gestellten Gegenstand. Er hat eine Redezeit von dreizehn Minuten. Dann kann von jeder Partei ein Redner zu Worte kommen, der sich auf 10 Minuten beschränken muß. Eine weitere Diskussion ist theoretisch zugelassen, doch wird sie praktisch durch Mehrheitsbeschlüsse verhindert. Der Sowjet besitzt weder ein Interpellationsrecht noch ein Recht der gesetzlichen Initiative.

Das bedeutet die Diktatur. Ausgeschlossen ist im Grunde auch das vom allrussischen Kongreß für die Erledigung der laufenden Angelegenheiten eingesetzte Zentralexekutivkomitee. Es versammelt sich außerordentlich selten und beispielsweise sind ihm nicht einmal die Friedensverträge mit Lettland und Estland zur Ratifizierung vorgelegt worden. Es gibt keine Diktatur des Proletariats, nicht einmal eine der kommunistischen Partei oder der Sowjets, sondern es herrschen so gut wie unbeschränkt einige wenige Personen.

Ob sich die Hoffnung der Menschewiki auf eine friedliche innere Umgestaltung verwirklichen kann, ist sehr zweifelhaft geworden, zumal da die Aussichten auf die Anknüpfung ökonomischer Beziehungen mit den Weststaaten stark verringert sind. Wenn die Ententeländer und besonders England, ihre Absicht, Handelsverträge abzuschließen, aufgeben, dann wird in Rußland die Richtung liegen, die auf dem Wege der durch den Krieg zu entseffenden Weltrevolution den Bestand der Sowjetmacht sichern will. Sie war immer vorhanden. Auch als Krasin und Kamenew in London verhandelten. Die beiden Delegierten haben, soweit Martow unterrichtet ist, Telegramme über Telegramme nach Moskau geschickt, in denen sie darauf hingewiesen, daß die in der Zeit der Siege über Polen und Rußland herrschende Stimmung und die immer wieder laut werdende Absicht der Sowjetisierung Polens den Verhandlungen außerordentlich abträglich seien. Trotzdem wurden diese Ideen, die bei den Linkskommunisten (Bucharin, Sinowjew usw.) und vor allem in den Kreisen der Armeeoffiziere unterstützt wurden, lebhaft weiter propagiert, und es scheint, daß auch Lenin sich unmittelbar vor dem Zweiten Kommunistischen Kongreß für sie hat gewinnen lassen. Bei Martow hat sich immer mehr die Überzeugung befestigt, daß auch die Bedingungen, die für die Aufnahme in die 3. Internationale gestellt sind, sich nur mit dem Wunsch erklären lassen, in der deutschen Arbeiterschaft ein Werkzeug für die Durchführung dieser kriegerisch-revolutionären Pläne zu gewinnen. Ihre Annahme kann die katastrophale Entwicklung beschleunigen.

## Ein Mittel gegen die Wohnungsnot

Aus Prag wird uns geschrieben:

In Prag herrscht ebenso wie anderorts eine ungeheure Wohnungsnot. Es gibt Hunderte, ja sogar Tausende von Proletariatsfamilien, die kein Obdach haben. Der Finanzminister der Republik hat berechnet, daß mindestens 7000 Wohnhäuser in Prag notwendig seien, um alle Leute unterbringen zu können.

Wenn neben dieser Wohnungsnot gibt es auch einen Wohnungsüberfluß. Es gibt reiche Proleten und Familien, die sechs, sieben, zehn und noch mehr Räume zur Verfügung haben, die sie oft genug nicht einmal gebrauchen. Und es gibt auch ein Wohnungsamt, das das Recht hat, leerstehende und zu große Wohnungen zu beschlagnehmen und den Kollektiven zur Verfügung zu stellen. Aber „Gottes Röhren mahlen langsam“ und die des Wohnungsamtes noch langsamer, aber überhaupt nicht. Und siehe, es erbarmten sich die Arbeiter ihrer obdachlosen Brüder und taten sich in der proletarischen Vorstadt von Prag-Jizkoo zu einer Vereinigung zusammen. Sie bildeten Komitees und stellten den Reichen in ihren Wohnungen Besuche ab. Wo sie einen überflüssigen Raum entdeckten, notierten sie sich's äußerlich, riefen den nächsten Polizisten, ließen die Sache feststellen, und ehe es Abend war, zog der neue Mieter schon ein. Die Arbeiter halfen ihm getreulich dabei, damit der Hausherr nicht etwa allzu ruppig würde, führten den Hausrat, ohne einen einzigen Heller Entschädigung zu nehmen, zu dem ausserwählten Haus, stellten die freilich oft sehr provisorischen Möbel an Ort und Stelle, und die Sache war erledigt.

Es wurden im Verlauf mehrere Tage über hundert Arbeiterfamilien unter Dach und Fach gebracht. Daß die Bürgerlichen über diese Selbsthilfe nicht allzu sehr erbaud waren, läßt sich wohl denken, und sie zitierten sogar, um deren Geschlossenheit nachzuweisen, einen kaiserlichen Erlass aus dem Jahre 1754. Nur daß wir heute leider 1920 schreiben und wenigstens in gewissen Dingen schon an das Schillerische Ideal von den ewigen Rechten, die drohen hangen unveräußerlich und unzerbrechlich, gelangt sind. Die hohe Obrigkeit hat zwar gegen die Arbeit der erwähnten Organisation sich nicht aufzulehnen gemagt, aber eine von ihr einberufene Versammlung aus formalen Gründen verbieten lassen. Selbstverständlich läßt sich die Wohnungsnot mit derartigen Mitteln nicht beheben, aber als Anstoß zur Erwedung eines gewissen praktischen Interesses an der Lösung der Krise in den Kreisen des Bürgertums sind sie beachtenswert. Denn wenn es dem Spießer an sein Heiligstes, nämlich an seine Wohnung geht, da wird er wild und auf diese Weise doch vielleicht aus seiner Letargie aufgeweckt.

## Sunger

Roman von Knut Hamjun.

Es dauert, dauert so herrlich lange, ehe dieser seltsame Augenblick aufhört; fünfzehn, zwanzig beschriebene Seiten liegen vor mir auf meinen Knien, als ich endlich fertig bin und den Bleistift beiseite lege. Hatten nun diese Papiere wirklich einen Wert, so war ich gerettet! Ich springe aus dem Bett und kleide mich an. Es wird immer heller, ich kann die Bekannmachung des Leuchturminspektors unten an der Stubentür schon unterscheiden, und am Fenster ist es bereits so hell, daß ich zur Not zum Schreiben sehen kann. Ich mache mich also gleich daran, meine Papiere ins Reine zu schreiben.

Ein seltsam dichter Dunst von Licht und Farben steigt aus diesen Phantasten auf; ich stutze vor einem guten Einfall nach dem andern, und lache mir, daß es das Beste ist, was ich je gelesen. Ich werde trinken vor Begehren, die Freude bläht mich auf, und ich komme mir ganz großartig vor; ich wage meine Schrift in der Hand und taxiere sie nach flüchtigem Ueberschlag auf fünf Kronen. Es würde ja keinem Menschen einfallen, wegen fünf Kronen zu feilschen; im Gegenteil, zehn Kronen war noch ein Spottpreis, wenn man die Beschaffenheit des Inhalts in Betracht zog. Ich hatte nicht im Sinn, eine so eigentümliche Arbeit gratis zu liefern; so viel ich wußte, fand man derartige Romane nicht auf der Straße. Und ich entschied mich für zehn Kronen.

Es wurde immer heller im Zimmer; ich warf einen Blick unten an die Tür und konnte die dünnen, skelettartigen Buchstaben von Jungfer Andersens Leichenwäsche rechts im Torweg ohne Mühe unterscheiden; es hatte aber auch schon vor einer ganzen Weile sieben geschlagen.

Ich stand auf und stellte mich mitten ins Zimmer. Wenn ich mirs recht überlegte, kam Frau Gundersens Kündigung ziemlich gelegen. Dies war eigentlich kein Zimmer für mich; sehr ordinäre grüne Gardinen vor den Fenstern und besonders viel Kägel an den Wänden, um seine Garderobe aufzuhängen, waren auch nicht da. Der armselige Schaukelstuhl da hinten im Winkel war doch eigentlich nur ein Wickel von einem Schaukelstuhl, über den man sich krampfhaft lehnen konnte. Er war viel zu niedrig für einen erwachsenen Menschen; außerdem war er so eng, daß man sozusagen einen Stiefel hineinsteckt braucht, um wieder aus ihm herauszukommen. Kurz-

um, das Zimmer war nicht eingerichtet, um sich darin mit geistigen Dingen zu beschäftigen, und ich würde es nicht weiter behalten. Unter keinen Umständen! Ich hatte nur allzulange schon geschwiegen und geduldet und ausgehalten in diesem Schuppen.

Von Hoffnung und Zufriedenheit aufgelsasen und immer noch mit meiner merkwürdigen Skizze beschäftigt, die ich jeden Augenblick aus der Tasche zog und durchlas, wollte ich sofort Ernst machen und mit dem Umzuge beginnen. Ich holte mein Bündel hervor, ein totes Taschentuch, das ein paar reine Halsstragen und etwas zerknittertes Zeitungspapier, in dem ich Brot nach Hause gebracht hatte, enthielt, rollte meine Bettdecke zusammen und steckte meinen Rest weißen Schreibpapiers zu mir. Dann durchsuchte ich der Sicherheit wegen alle Ecken, um mich zu vergewissern, daß ich nichts vergessen, und als ich nichts mehr fand, ging ich ans Fenster und sah hinaus. Ein düsterer, feuchter Morgen; an der abgebrannten Schmiede war kein Mensch, und die Wäscheleine im Hof zog sich, von der Rasse zusammengepreßt, stramm von Mauer zu Mauer. Das alles kannte ich von früher; deshalb trat ich vom Fenster fort, nahm mein Bündel unter den Arm, verbeugte mich vor der Bekannmachung des Leuchturminspektors und Jungfer Andersens Leichenwäsche und öffnete die Tür.

Plötzlich fiel mir meine Wirtin ein; ich mußte sie doch von meinem Umzug in Kenntnis setzen, damit sie sah, daß sie mit einem ordentlichen Menschen zu tun hatte. Ich wollte ihr auch schriftlich für die paar Tage danken, die ich das Zimmer über die Zeit benutzt hatte. Die Gewißheit, daß ich jetzt wieder für längere Zeit gerettet sei, drängte mich mir so mächtig auf, daß ich der Frau sogar 5 Kronen versprach, wenn ich nächster Tage einmal wieder vorüberkommen würde; ich wollte ihr noch zum Uebermaß beweisen, welchen honesten Menschen sie unter ihrem Dach gehabt.

Den Zettel ließ ich auf dem Tische zurück. Noch einmal blieb ich an der Tür stehen und drehte mich um. Dieses strahlende Bewußtsein, wieder emporgelommen zu sein, entzückte mich und machte mich dankbar gegen Gott und das Weltall, und ich kniete am Bette nieder und dankte Gott mit lauter Stimme für seine große Güte an diesem Morgen. Ich wußte, oh, ich wußte es, daß dieser Raptus von Inspiration, den ich soeben durchlebte und niedergeschrieben hatte, ein wunderbares Werk des Himmels an

meinem Geiste sei, eine Antwort auf meinen Notschrei von gestern. Das ist Gott! das ist Gott! rief ich mir zu und weinte vor Begeisterung über meine eigenen Worte; dann und wann mußte ich mich unterbrechen und lauschen, ob jemand auf der Treppe sei. Endlich stand ich auf und ging; lautlos glitt ich alle Stiegen hinunter und erreichte ungelesen die Haustür.

Die Straßen waren blank von dem Regen, der in den Morgenstunden gefallen war, der Himmel hing rauh und niedrig über der Stadt, und nirgend schimmerte ein Sonnenstrahl. Wie spät mochte es sein? Wie gewöhnlich schlug ich die Richtung nach dem Rathaus ein und sah dort, daß es halb neun sei. Mir blieben also noch ein paar Stunden; es war zwecklos vor zehn, vielleicht elf, in die Redaktion zu kommen; ich mußte also bis dahin umherirrenden und inzwischen spekulieren, wie ich zu einem kleinen Frühstück gelangen könne. Ich fürchtete übrigens nicht, heute hungrig zu Bette gehen zu müssen; die Zeiten waren Gott sei Dank vorüber! Ein überwundenes Stadium, ein böser Traum; von jetzt an ging es wieder aufwärts!

Inzwischen wurde mir die grüne Bettdecke lästig; ich konnte mich ja auch nicht so vor allen Leuten damit zeigen. Was sollten sie von mir denken? Ich überlegte also, wo ich sie bis auf weiteres zur Aufbewahrung lassen könne. Da fiel mir ein, daß ich zu Semb gehen und sie in Papier einpacken lassen könne. Das sah dann gleich besser aus, und es war keine Schande mehr, sie zu tragen. Ich trat in den Laden und trug einem der Kommis mein Anliegen vor.

Erst sah er sich die Dede an, dann mich; mir kam es vor, als ob er in seinem Sinn ein wenig geringschätzend mit den Achseln zuckte, als er den Paden entgegennahm. Das beleidigte mich.

„Vogelstanz! Sein Sie doch vorsichtig!“ rief ich. „Es liegen zwei teure Glasvasen drin; das Paket geht nach Smyrna.“

Das half, — das half großartig. Mit jeder Bewegung, die er machte, bat der Mann um Entschuldigung dafür, daß er nicht gleich zu wichtige Dinge in der Dede gepackt hatte. Als er mit dem Verpacken fertig war, dankte ich ihm für die Hilfe wie ein Mann, der schon öfter kostbare Sachen nach Smyrna verschickt hatte; er öffnete mir die Tür und verbeugte sich zweimal, als ich hinausging.

(Fortsetzung folgt.)

# Parteitag der Rechtssozialisten

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Cassel, 15. Oktober.

Schmidt vertritt im Verlauf seiner Rede weiter das Agrarprogramm. Gefordert wird Sozialisierung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Bereichs usw. Das Programm lautet also die Sozialisierung mit der Siedlungspolitik zu vereinigen. Gefordert wird weiter Gleichstellung der Landarbeiter mit dem städtischen Industriearbeiter und ein Betriebsratsgesetz für sie. Die Unabhängigen hatten in der Nationalversammlung durch ihr Verhalten bei der Abstimmung ein solches erreicht. In der Debatte erwähnt

Vaußler-Hamburg, seine Prophezeiungen aufzustellen. Unmöglich ist die Forderung der Gewalt. Das Programm soll populär abgefaßt sein.

Wentz-Salle verweist auf die Notwendigkeit der Universitätsreform, die von der Bureaucratie sabotiert wird. In der Einleitung zum Programm soll man nicht in wissenschaftliche Breite gehen, sondern Kulturideale aufstellen.

Dr. Knas-Hamburg empfiehlt eine Neuordnung des Gesundheitswesens und Schaffung eines Reichs-Gesundheits-Ministeriums und fordert stärkere Berücksichtigung der Beamtenkultur.

Wolkenbühler erklärt: Wir sind nicht anders geworden, sondern die Zeit hat sich geändert. Durch das Programm soll Vorarbeit für Jahrhunderte geleistet werden.

Bernstein: Um der Verdorbenheit willen wird vom Programm vor allem theoretische Klarheit zu fordern sein. Die Geschichtsauffassung von Marx und Engels muß mindestens den Geist des Programms diktieren. Änere Stellung zur Diktatur ergibt sich aus den Verhältnissen und nicht durch Fiktion aus Marx.

Dieß-Karlsruhe: Die formale Demokratie hat ihre Grenzen. Wir müssen deutlich erklären, daß wir uns mit allen Mitteln wehren werden, wenn sie etwa zur Wiederherstellung der Monarchie benutzt wird.

Sachs-Dresden: Das neue Programm soll vor allem Gegenwartsforderungen berücksichtigen. Wissenschaft ist keine theoretische Spielerei. Sie muß kommen, wenn sie auch niemand fordert.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Braun erklärt im Schlußwort: Niemand betrachte die Demokratie als Endziel, aber wir brauchen sie als Durchgangskabine.

Es kommt zur Abstimmung. Angenommen werden der Antrag der Programmkommission und die Richtlinien für das Agrarprogramm.

Es kommt zur Wahl der Mitglieder der Programmkommission, deren Zahl von 7 auf 8 erhöht wird. Bernstein wird hineingewählt.

Fisch spricht zur Wohnungsfrage. Das Wohnungswesen hat von den Industriegiganten auf Landstädte und aufs Land übergegriffen. Die hohen Arbeitslöhne sind keine Entschuldigung für das Nachlassen der Bautätigkeit. Sie betragen vor dem Kriege die Hälfte der Baukosten, jetzt nur ein Drittel. Wohl aber sind die Preise für Baumaterialien ungeheuerlich gestiegen infolge der hohen Dividenden der Großindustriellen. Die Wohnungsfrage ist privatwirtschaftlich nicht mehr zu lösen. Das einzige Mittel zur wesentlichen Abhilfe ist die Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen in die Verwaltung und das Eigentum von Selbstverwaltungsorganen der öffentlichen Hand. Hand in Hand mit der Vergesellschaftung der Mietwohnungen hat der Erlass eines Reichswohnungsgesetzes und die Errichtung eines Reichswohnungsamtes zu gehen. — Der zweite Redner Engler-Freiburg setzt auseinander, daß eine Wohnungsreform nur auf Grund einer Bodenreform möglich ist. Am Schluß stellt er fest, daß die Versammlung vortragsmäßig sei (Feierabend) und daß das Zahlenmaterial zu seinem Referat zu Protokoll gegeben wird.

Nun kommt die Debatte zur Wohnungsfrage. Sie bringt nichts Wesentliches und es wird sehr bald Schluß beantragt und beschlossen. Fisch spricht sein Schlußwort. Er erklärt den zeitlichen Schluß der Debatte mit der allgemeinen Erkenntnis, daß die Wohnungsfrage ein so heißes Thema sei, daß es in Einzelheiten gar nicht erörtert werden kann.

Engler verzichtet auf sein Schlußwort. Der Antrag 381, der beantragt, eine Kommission aus Vertretern der Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Sachverständigen zu berufen, die die Gesetzesentwürfe zur Vergesellschaftung des Wohnungswesens aufzuarbeiten hat, wird einstimmig angenommen, damit sich alle Anträge zu Punkt 5 erledigt.

Ein Antrag, für die Welt-Hilfssprache wird dem Parteivorstand überwiesen, auch alle Anträge, die sich mit der Festlegung des Tagungsortes des nächsten Parteitages beschäftigen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Müller spricht sein Schlußwort. Er spricht den Casseler Genossen den Dank des Parteitages aus. Der Parteitag habe lobliche Arbeit geleistet und auf alle Sensation verzichtet. Andere Gegenseite sind kameradschaftlich ausgetragen worden im Gegensatz zum Hallenser Parteitag. Die U. S. V. D. ist nach den Worten ihrer eigenen Führer marsch und muß ertönen. Die eigenen Richtungen arbeiten gegeneinander. Die „Freiheit“ gibt in ihrem Aufsatz „Eine neue Gipsfigur“ bekannt, daß sie selbst die alte Gipsfigur ist. Unsere Partei hat das Gift ausgeschieden bei der Spaltung. Die Genossen sich hat erklärt, daß am 13. Januar von der Regierung Müller-Bauer-Roske ein Blutbad inszeniert worden wäre. Das ist erlogen. Ferner hätte die U. S. V. D. zuerst die Parole des Generalsirens beim Kapp-Putsch ausgegeben, auch das ist Geschichtsfälschung. Die U. S. V. D. hat den Kapp-Putsch genau so verschlafen wie die Revolution. Die Arbeiter werden sich durch eine solche Fälschung einer Schätzerin nicht belügen lassen. Sie wissen, daß wir für sie arbeiten. Die Kritik ist bei uns nicht Selbstzweck. Dieser Parteitag hat erklärt, daß zwingende Gründe vorhanden sein müssen, wenn wir wieder in die Regierung eintreten wollen.

## Gewerkschaftliches

### Beendigung der Gehaltsbewegung der Angestellten und Markthelfer im Groß-Berliner Buchhandel

In einer überfüllten Versammlung am 15. Oktober im Schulhof, Dänische Straße, berichtete Gulard über die Gehaltsbewegung der Angestellten. Die Arbeitgeber lehnten in allen Verhandlungen Gehaltserhöhungen ab und zeigten sich zu keinem Zugeständnis bereit. Durch Abstimmung in den Betrieben wurde in Anbetracht dieser Situation über einen Streik abgestimmt. Es ergab sich für diesen eine reichliche Dreiviertelmehrheit. Um alle friedlichen Mittel zu erschöpfen, war der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Dieser tagte am Freitag, den 15. Oktober, und verurteilte einen Schlichtungsbescheid dahingehend, daß durchschnittliche Erhöhungen der Gehälter von 12% bis 20 Prozent mit einer Geltungsdauer bis 31. März 1921 stattfinden. Die Arbeitgeber erklärten sich mit der Annahme dieses Schlichtungsbescheides bereit. Zweiwöchentlich die Bewegung im Zeitungsgewerbe auf die Arbeitgeber eingewirkt. Der zweite Referent Matthes führte aus, daß die La-Berände bewiesen hätten, einzig und allein die wahren Angestelltenvertreter der Angestellten zu sein. Die gelben Gewerkschaftsbünde, der G. D. U. und G. L. A., hätten durch ihr hinterhältiges Verhalten im Zeitungsgewerbe deutlich bewiesen, daß sie Knechte der Unternehmer sind. Im Buchhandel wäre niemals dieser Erfolg erzielt worden, wenn gelbe Gewerkschaftsverbände ihre Hand mit im Spiele gehabt hätten.

Für die Markthelfer berichtete Podubin vom Transportarbeiter-Verband. Es sei vor dem Schlichtungsausschuß ein Vergleich zustande gekommen, der den Jugendlichen bis 20 Jahren eine Notstandsbeihilfe von M. 210.—, den über 20 Jahre alten

Arbeitnehmern a) ledig M. 300.—, b) verheiratet M. 450.—, weibliche 10 Prozent weniger zührte. Ferner wurde eine Beihilfe für jedes Kind unter 14 Jahren bis zur Höchstzahl von 3 Kindern von M. 5.— wöchentlich gewährt. Die Auszahlung der Summen erfolgt in zwei Raten, und zwar am 22. 10. und 10. 12. 1920.

Nach längerer Diskussion wurde von den Angestellten und Markthelfern die Annahme des Schlichtungsbescheides beschlossen.

### Ein sozial denkender Chef

Ist der Inhaber der Firma Rudolph Matauer, Mi-Moabit 110. Dieser Herr kann sich noch immer nicht daran gewöhnen, daß die Zeiten vor dem 9. November 1918 vorbei sind. Er nimmt sich das Recht, seinen Angestellten auch heute noch Hungerlöhne zu zahlen, trotzdem der Tarifvertrag für den Einzelhandel für verbindlich erklärt wurde und er somit zur Zahlung der Tariflöhne verpflichtet ist. Als die Angestellten ihre Forderung geltend machten, wurde ihnen gesagt: „Wem es nicht paßt, der laß es gehen, ich halte niemand.“ Trotzdem Schlichtungsausschuß und Kaufmannsgericht die Firma zur Zahlung der Tarifgehälter verurteilt haben, denkt Herr Matauer nicht daran, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wir leben, daß die Arbeitgeber sich den Teufel um die gesetzlichen Bestimmungen scheeren, sofern sie ihnen un bequem sind. Erst einer zielbewußt arbeitenden Angestellten- und Arbeiterkassette ist die Möglichkeit gegeben, sich durch Kampf vernünftige Lebensbedingungen zu erringen.

Die arbeitende Bevölkerung Moabits fordert wir jedoch auf, sich diesen Herrn genauer anzusehen und ihre Einkäufe bei Firmen zu decken, welche ihren Angestellten menschenwürdige Gehälter zahlen.

### Ein sonderbarer Standpunkt

Der Betriebsrat der kommunalen Arbeiter der Stadtgemeinde Schöneberg hat der Stadterwaltung den Antrag unterbreitet, von den in der Verwaltung beschäftigten Frauen diejenigen zu entlassen, deren Männer vollwerbsfähig sind, um an deren Stelle Witwen einzustellen. Der Herr Oberbürgermeister Dominicus scheint die Selbstverständlichkeit eines derartigen Antrages in der jetzigen Zeit nicht einsehen zu können. Auf das Gesicht zweier Frauen, deren Männer sich in dauerndem Arbeitsverhältnis befinden (Straßenbahner, Gemeinbediensteter) verfiel der Herr Oberbürgermeister Dominicus, daß die Frauen weiter zu beschäftigen sind, weil sie seit langen Jahren im städtischen Dienst beschäftigt sind und nie Anlaß zur Klage gegeben haben. Dem Betriebsrat ist für den Fall von Beschwerden über diese Entscheidung mitzuteilen, daß er gegen diese Verfügung eine Beschwerde an den Oberpräsidenten richten kann. Daß die zu entlassenen Frauen sich gegen eine Entlassung sträuben, ist menschlich verständlich, daß aber das Haupt einer städtischen Verwaltung diese egoistischen Bestrebungen mitunterstützt, ist unverständlich. Was es nicht der Herr Oberbürgermeister Dominicus, der über ungenügende Qualifikation der neugewählten Stadträte und Magistratsmitglieder sprach? Oder meint der Herr Oberbürgermeister Dominicus damit die Arbeitslosigkeit und damit die Not der um Existenz kämpfenden Witwen zu steuern?

Streik der kaufmännischen Angestellten im Glas- und Keramik-Großhandel. Nachdem der am 9. September d. J. vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gemachte Einigungsantrag zur Regelung der Gehälter der kaufmännischen Angestellten in der Branche vom Arbeitgeberverband (Dr. Engel) abgelehnt worden war, trotzdem dabei nur Gehaltserhöhungen von 4-6 Proz. in Frage kamen, trat am 6. Oktober eine Sonderkammer des Schlichtungsausschusses zusammen, die einstimmig einen Schlichtungsbescheid fällte. Dieser Schlichtungsbescheid wurde von den Arbeitgebern wieder abgelehnt. Die Gehälter in dieser Branche sind geradezu als erbärmlich zu bezeichnen (in der unteren Gruppe durchschnittlich 600 M.) und sind deshalb die Angestellten, der Arbeitgeber-Walküre hat, bei den größten Firmen der Branche am 16. Oktober d. J. in den Streik getreten. Allein vom Arbeitgeberverband wird es sehr abhängen, ob der Streik in Kürze beendet wird.

Achtung! Einseher! Die Sperre über die Siedlungsbauten Birkenstein b. Hoppegarten ist aufgehoben, die Differenzen sind beigelegt. Dagegen ist die Firma Mittag, Belle-Alliance-Straße Nr. 79 wegen Löhndifferenzen für Organisierte gesperrt.

Firma C. P. Goetz, Friedenau und Jeshendorf. Die entlassenen Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, den 21. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr im Restaurant „Schloßpark“ in Steglitz, Schloßstr. 48, eine Betriebsversammlung stattfindet, in welcher über den Ausgang des Schlichtungsverfahrens in Sachen der Entlassungen Bericht erstattet wird. Es liegt im Interesse eines jeden Entlassenen zu erscheinen. Als Legitimation ist die Entlassungsbescheinigung mitzubringen.

Angestellte des Glas- und Keramik-Großhandels. Die streikenden Angestellten versammeln sich am Montag, den 18. Oktober 1920, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant zum Alexandriner, Alexandrinerstraße 37a, um den Bericht über die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar entgegenzunehmen. Die Streikleitung.

## Groß-Berlin

### Arbeiter-Bildungsschule U.S.V.

Die heutige Vormittagsveranstaltung im Großen Schauspielhaus findet nicht statt. Die gelösten Karten gelten für Sonntag, den 24. Oktober.

### Stadterordneten-Fraktion Groß-Berlin

Am Dienstag, den 19. Oktober, abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Zimmer 109, eine Fraktionssitzung statt. Wir erziehen um pünktliches Erscheinen.

### In Notwehr erschossen?

Ein Mord.

Zu der Nachricht, die wir gestern morgen unter obiger Ueberschrift veröffentlichten, erhalten wir heute von den Vertretern der Arbeiter nachfolgende Darstellung:

Seit ungefähr 8 Tagen bedrängen sich die Händler und Arbeiter, die auf den Güterbahnhöfen Berlins tätig sind, über das rigorose Verhalten der bahnamtlichen Ueberwachungsbeamten. Statt ihre Aufmerksamkeit auf die Verhinderung von Güterdiebstählen zu richten, bekümmern sich diese Herren nur darum, daß von den Arbeitern die bahnpolizeilichen Vorschriften betreffs Rauchen und Ueberkreuzen der Gleise innegehalten werden.

So wurde am Freitag morgen ein Kartoffelgroßhändler auf dem Ostbahnhof beim Ueberkreuzen der Gleise von 2 noch im jugendlichen Alter stehenden Ueberwachungsbeamten angehalten und, da er sich nicht sofort legitimieren konnte, von den beiden Beamten gepackt und unter Bedrohung mit dem Revolver fortgeschleppt. Die in der Nähe befindlichen Arbeiter erklärten durch Zurufe die Beamten über die Besonnenheit des Festgenommenen auf und verlangten, daß die Beamten ihre Waffen forstücken. Infolge dieser Zurufe ließen die Beamten den Händler laufen und nahmen einen der Arbeiter fest. Als dieser sich gegen seine Verhaftung wehrte, schloß ihm einer der Beamten den Revolver auf die Brust, der andere auf den Rücken, und drohten mit Erschießen.

Da sich inzwischen eine ganze Reihe von Händlern und Arbeitern angesammelt hatte, die energisch verlangten, daß die Beamten ihre entlehnten Waffen forstücken, wurden die Beamten eingeschüchtert und ließen den betreffenden Arbeiter frei. Als sie sich dann, immer noch mit der Waffe in der Hand, entfernten, kam einer der Bahnhofsarbeiter aus einer Bude heraus. Um Tätlichkeiten zu verhindern ging er auf die Beamten zu, klopfte dem einen kameradschaftlich auf die Schulter und sagte: „Kamerad, steck doch die Waffe fort, ihr seht doch, ihr erregt hier nur böses Blut.“ In diesem Augenblick kam der Wagenmeister Thiercke hinzu und rief den Ueberwachungs-

Beamten zu: „Hier müßt ihr energisch sein, schlagt doch!“ Einer der Beamten ließ sich durch diese Worte überreden, setzte dem dicht vor ihm stehenden Arbeiter Kegel, Fruchtsir. 35, den Revolver auf die Brust und drückte ab. Töblich getroffen sank der Unglückliche — Vater von 6 schulpflichtigen Kindern — einem hinzuliegenden Kollegen in die Arme. Auf der Unfallstation konnte nur noch der eingetretene Tod festgestellt werden.

Nicht nur die Arbeiterkassette, sondern auch die auf den Güterbahnhöfen tätigen Händler sind durch diese schändliche Ermordung eines ihrer Mitarbeiter derartig empört, daß mit der sofortigen Stilllegung sämtlicher Güterbahnhöfe zu rechnen ist, wenn nicht seitens der Eisenbahndirektion, welcher die Ueberwachungsbeamten unterstellt sind, sofortige Abhilfe geschaffen wird. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband ist bei der Eisenbahndirektion sofort nachstellig geworden, damit seitens dieser Stelle schleunigst die nötigen Maßnahmen getroffen werden, um derartige Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Es wird gefordert: 1. Sofortige Entlassung der an dem Vorfalle beteiligten Beamten. 2. Anweisung seitens der Eisenbahndirektion, daß bei Tage keine Waffen getragen werden dürfen. 3. Erziehung der jugendlichen Beamten durch Ältere. 4. Anweisung der Eisenbahndirektion, daß die provisorische Art der Beamten zu unterbleiben hat. 5. Durchgreifende Untersuchung unter Hinzuziehung des Betriebsrates der Eisenbahner.

Die Verhandlungen, welche gestern vormittag stattfanden, zeigten folgendes Resultat: Der Revolverheld sowie auch der zum Schicksen auffordernde Beamte werden sofort zur Disposition gestellt. Der Betriebsrat der Eisenbahner wird zur Verhandlung hinzugezogen.

Die Verhandlungen nehmen heute 11 Uhr ihren Fortgang. Wir werden über den Verlauf der Verhandlungen noch berichten.

### Ein sadistischer Mord

In drei verschiedenen Stellen der Spree wurden in den letzten drei Tagen mehrere Leichenteile gefunden. Der Täter hatte die Leiche zerlegt und zerstückelt, daß eine Feststellung der Persönlichkeit der Toten fast unmöglich erschien. Aus den bisher aufgefundenen Leichenteilen war kaum zu bestimmen, ob es sich um eine männliche oder weibliche Person handelte. Nur kleine Merkmale an der Haut des Leibes, die der Gerichtsarzt als Schwangerschaftsmerkmale erkannte, wiesen daraufhin, daß es sich um ein Mädchen handelte. Der letzte Fund, bei dem auch eine abgetrennte Hand lag, brachte eine weitere sehr wesentliche Aufklärung. Die Leiche ist eine 33 Jahre alte aus Dresden stammende Frida Schubert, die in der Friedenstraße wohnte. Die Schubert, die in der Gegend des Schleißer Bahnhofs Männerbekanntschäften zu machen suchte, ist in ihren Kreisen wegen ihres dreifachen Auftretens und ihres schmerzlichen Mundwerks sehr bekannt. Wahrscheinlich ist das Verbrechen an ihr bereits in der Nacht vom vergangenen Sonntagabend zum Sonntag verübt worden. Es liegt zweifellos ein sadistischer Mord vor. Die Zerstückelung der Leiche, die in der rothen Welle vorgenommen worden ist, muß unbedingt in einer Privatwohnung vorgenommen worden sein. Bei den Leichenteilen am Wullenufer wurde auch ein Stück eines Männertrikotomades gefunden, das jedoch nicht der Toten gehörte. Es trägt ein Wächereinschreiben, einen roten Faden, der abgeknüpft ist und den Stempel A. A. 11. (Red. Artillerie Reg. Nr. 11). Wächterinnen oder Wachen, die dieses Einschreiben haben, oder sich erinnern, ein Hemd mit diesem Stempel gewaschen zu haben, werden ersucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Lehnardt zu melden.

Sprechchor für die proletarischen Arbeiter. Die nächste Uebung findet am Montag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Sophien-Realschulmannstums, Steinstraße, statt. Es müssen alle Beteiligten anwesend sein, da über die Hauptprobe beschlossen werden soll. Neue Mitglieder, Männer, Frauen und Jugendliche werden ausgenommen.

Staatliches Schauspielhaus Neukölln. Das Volksbildungsamt Neukölln veranstaltet mit dem Staatlichen Schauspielhaus am Mittwoch, den 20. Oktober 1920, abends 7 1/2 Uhr, im Neuen Saal der „Neuen Welt“, Halenbeide 108-114, eine Aufführung von Lessings „Minna von Barnhelm“.

Eintrittskarten zum Preise von 3 M. sind in den durch Säulenankschlag bekannt gemachten Verkaufsstellen vom Sonnabend, den 18. d. M. ab erhältlich.

Gleichzeitig wird auf die am 25. Oktober d. J. ebendasselbst stattfindende Vorstellung „Maria Magdalena“ hingewiesen.

Der „Männerchor Moabit“ veranstaltet heute nachmittags 3 Uhr, bei schönem Wetter, im „Kleinen Tiergarten“, gegenüber dem Postamt Lübecker Straße ein Freiluftkonzert, zu welchem alle Interessenten freundlichst eingeladen sind.

Arbeiterfrau verlor am Sonnabend, den 9. Oktober, früh 1/2 7 Uhr, in der Stralendorfer Allee 3, Richtung Uferstraße, Portemonnaie mit größerem Betrag. Dieselbe stieg Webdingplatz aus. Auskunft über den Verbleib des Geldes gibt Herr Engberg, Türkenstr. 22, Quergebäude 1 Tr.

Lichtbildervortrag. Am Dienstag, den 19. 10., findet im „Arbeiter-Jugendheim“, Norden 1, Brunnenstr. 57, ein Lichtbildervortrag über „Jugendwandern“ statt. Alle Jugendfreunde, die Freude an der Natur haben und uns helfen wollen, die Naturfreude in der heutigen Zeit zu heben, bitten wir, uns recht zahlreich zu besuchen.

Ueber die Zentralheizung in öffentlichen Gebäuden haben gewisse Unstimmigkeiten bestanden. In einer Reihe von Gebäuden ist am 1. Oktober mit dem Heizen begonnen worden, in anderen mit Eintritt der kälteren Nächte. Hier hat nun der Erlass des Reichsforstkommissars eingegriffen und hat den Gebrauch von Sammelheizungen verboten. Auch in den hiesigen Krankenhäusern wird nun merkwürdigerweise dieses Gebot beachtet; trotzdem gerade die Kranken gut durchheizte Zimmer nicht entbehren können. Gerade die Krankenhäuser sollten noch vor der Verordnung über den Gebrauch der Zentralheizungen ausgenommen sein und mühten ohne weiteres, wenn dies erforderlich wird, ihren Kranken warme Zimmer liefern dürfen.

Verhaftung eines Kokschiebers. Ein Kokschieber wurde durch Kenatoren der städtischen Kohlendeputation in der Person des wegen Falschdiesbstahles polizeilich gesuchten wohnungslosen Schlossers Walter Franz festgehalten, der unter dem Namen eines Hans Schubert in den letzten Wochen große Mengen von Koks insbesondere an Gastwirte „hinten herum“ verkauft hatte. Den Koks hatte er von städtischen Gasanstalten aus Koksabson, die er sich zu verschaffen gewußt hatte, bezogen.

Unsere Hausfrauen gewöhnen es sich immer mehr, in der „Freien Welt“ ein Organ für ihre Interessen zu erblicken. Tätige Mitarbeit ist das Wichtigste. Die neue Nummer bringt wieder eine Zuschrift einer Arbeiterin mit präzisieren Wünschen für Fäden und Sparen mit der Wäsche. Bilder von der Obsternie und aus Cornedbeef-Fabrikeln, die humoristische Rubrik, die spannende Liebeserzählung „In Ferdians Garten“ und viele andere Bilder und Beiträge zeigen, daß die „Freie Welt“ in jeder Nummer Neues zu bieten bemüht ist.

„Unser Wissen von der Sonne“ lautet das Thema des mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Dr. Dr. Archenhold Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der Tropen-Sternwarte hält. Mit dem großen Fernrohr wird bei klarem Wetter von 2-5 Uhr Sonne und Venus, von 1/2-10 Uhr der Mond beobachtet. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt.

Sobden erschienen! Sobden erschienen!

### Die Soziologie des Bolschewismus

Mit Bezugnahme auf das Problem der Internationalen.

Von M. Joffe. Preis 3 Mark.

Ungekürzte Ausgabe für Organisationen 1 Mark.

Bestellungen richte man sofort an die

Buchhandlung „FREIHEIT“ Berlin C. 2, Brelle Str. 8-9.